

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

5. Sitzung
28. März 2022

Beginn: 09.14 Uhr
Schluss: 14.14 Uhr
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0200

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023
(Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)**

[0045](#)
StadtWohn
Haupt(f)

**Hier: Einzelplan 12 (SenSBW) und Einzelplan 27
Kapitel 2712: Aufwendungen der Bezirke –
Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
(auf Drucksache 19/0200-Anlage)**

– Vorabüberweisung –

– 1. Lesung –

Vorsitzender Andreas Otto erinnert an die Regularien zur Durchführung der Haushaltberatungen, auf die sich der Ausschuss verständigt habe.

Die vorab eingegangenen Fragen und Berichtsaufträge der Fraktionen zur ersten Lesung seien in einer Synopse – siehe Anlage 1 zum Beschlussprotokoll – zusammengeführt worden, die dem Ausschuss als Tischvorlage vorliege und auf der Webseite des Abgeordnetenhauses öffentlich eingesehen werden könne.

Sofern sich noch zusätzliche Fragen zu den in der Synopse aufgeführten Titeln ergäben, die der Senat schriftlich beantworten solle, könnten diese bis 29. März 2022, 12.00 Uhr nachgeliefert werden.

Kapitel und Titel, zu denen es heute keinen Redebedarf gebe bzw. Fragen direkt beantwortet werden könnten, seien erledigt und würden in der zweiten Lesung nicht mehr aufgerufen. Werde dennoch eine Thematisierung in der zweiten Lesung am 9. Mai 2022 gewünscht, müsse ausdrücklich eine Zurückstellung gefordert werden. Folglich würden in der zweiten Lesung nur noch Titel aufgerufen, zu denen ein schriftlicher Bericht angefordert oder deren Zurückstellung erbeten worden sei, sowie solche, zu denen Änderungsanträge vorgelegt würden. Das Hauptaugenmerk solle in der zweiten Lesung auf der Beratung der Änderungsanträge liegen.

Senator Andreas Geisel (SenSBW) erwähnt einleitend, dass der vorgelegte Haushaltsplanentwurf 2022/2023 vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Coronapandemie entstanden sei. Während es in den vergangenen Jahren als Resultat des Wirtschaftswachstums in Berlin einen stetigen Aufwuchs gegeben habe, müsse nun mit rückläufigen Steuereinnahmen umgegangen werden. Der aktuelle Haushaltsplanentwurf basiere auf den Ist-Ausgaben des Jahres 2021 mit einem durchschnittlichen Plus von 2,5 Prozent. Der Haushalt sei also umfangreicher als im Vorjahr, aber nicht so umfangreich wie erhofft. Insofern seien noch Kürzungen gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplanentwurf nötig gewesen. Dabei sei das wichtigste Ziel gewesen, die Arbeitsfähigkeit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen nicht zu gefährden und die Schwerpunktthemen finanziell abzusichern. Auch bei den konsumtiven Ausgaben seien Einsparungen von 17,5 Mio. Euro bzw. 14 Mio. Euro gegenüber den Planansätzen von 2021 erforderlich gewesen, aber man liege immer noch oberhalb des Ist-Werts. Er rechne damit, dass die Kürzungen, insbesondere die pauschalen Minderausgaben, einen erhöhten Steuerungsaufwand bei der Haushaltswirtschaft nach sich zögen.

Bei den Investitionen für das Jahr 2022 habe man einen Aufwuchs erreicht. Damit sollten vor allem die erforderlichen Grundstücksankäufe für den Zukunftsstandort in Tegel realisiert werden. Aber auch für die Entwicklung der Areale Güterbahnhof Köpenick und Blankenburger Süden habe man unter Einbindung des SIWA die nach aktueller Planung erforderlichen Mittel eingestellt.

Bei der Wohnraumförderung habe man erreicht, dass das Ziel von 5 000 Sozialwohnungen pro Jahr abgesichert sei. Man arbeite daran, die Förderbedingungen attraktiver zu gestalten. Der Haushaltsplanentwurf biete dafür die nötige finanzielle Untersetzung. Auch die Genossenschaftsförderung sei im Haushaltsentwurf deutlich erhöht worden.

Die Städtebauförderung könne unter Inanspruchnahme der Bundesfinanzhilfen fortgeführt werden. Das betreffe sowohl die Ausfinanzierung der Maßnahmen bis zum Programmjahr 2021 als auch die volle Kofinanzierung der Bundesförderung in der neuen Programmstruktur ab 2022. Auch im Bereich der Hochbauabteilung sei die finanzielle Untersetzung gelungen. Sie werde insbesondere bei der Umsetzung der Berliner Schulbauoffensive weiter aktiv sein. Im Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke – stünden allein für sein Ressort 350 Mio. Euro für die Schulbauoffensive zur Verfügung.

Die Eckzahlen des Einzelplans 12 (Ausgaben)

Die Ausgaben des Einzelplans 12 erhöhen sich im Saldo im Jahre 2022 um **rd. 452 Mio. €** und im Jahre 2023 um **rd. 218 Mio. €** gegenüber dem Ist 2021.

	Ansatz 2021	Ist 2021	Ansatz 2022 Entwurf	Δ Ansatz 2022 zu Ist 2021 +/-	Ansatz 2023 Entwurf	Δ Ansatz 2023 zu Ist 2021 +/-
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Personalausgaben (Hgr. 4)	75,8	70,5	74,4	+3,9	75,5	+5,0
Sächliche Verwaltungsausgaben (Hgr. 5)	126,5	101,3	132,7	+31,4	136,6	+35,3
Zuweisungen und Zuschüsse (Hgr. 6)	53,1	41,2	29,4	-11,8	29,0	-12,2
Zwischensumme konsumtive Ausgaben (Hgr. 5 und 6)	179,6	142,5	162,1	+19,6	165,6	+23,1
Baumaßnahmen (Hgr. 7)	202,3	141,4	155,8	+14,4	154,1	+12,7
Sonstige Investitionen (Hgr. 8)	488,0	373,9	788,6	+414,7	551,8	+177,9
Zwischensumme investive Ausgaben (Hgr. 7 und 8)	690,3	515,3	944,4	+429,1	705,9	+190,6
Besondere Finanzierungsausgaben (Hgr. 9)	7,8	0,0	0,0	+0,0	0,0	+0,0
Zwischensumme Hgr. 5 bis 9	877,7	657,8	1.106,5	+448,7	871,5	+213,7
Ausgaben insgesamt	953,5	728,3	1.180,9	+452,6	947,0	+218,7
davon Pauschale Minderausgabe (1200/89389 bzw. 1200/97203)	-22,3	0,0	-75,0		-116,0	

Für die Fortschreibung des Haushaltsplans sei das Ist 2021 maßgeblich, also Ausgaben in Höhe von 728,3 Mio. Euro. Der Ansatz für das Jahr 2022 liege bei 1 180,9 Mio. Euro und für 2023 bei 947 Mio. Euro.

Die Absenkung der Ausgaben für Baumaßnahmen in Hauptgruppe 7 von 550 Mio. Euro auf 500 Mio. Euro halte er für vertretbar. Dazu kommen noch die bereits erwähnte Schulbauoffensive.

Ausgaben der Kapitel des Einzelplans 12 (ohne Personal)

	Ansatz 2021	Ist 2021	Ansatz 2022 Entwurf	Δ Ansatz 2022 zu Ist 2021 + / -	Ansatz 2023 Entwurf	Δ Ansatz 2023 zu Ist 2021 + / -
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Kapitel 1200 Politisch-Administrativer Bereich und Service	35,0	24,5	- 45,4	- 69,9	- 90,0	-114,5
Kapitel 1210 Stadtplanung	9,7	6,4	7,6	+1,2	7,6	+1,2
Kapitel 1214 Gemeinsame Landesplanung	1,0	0,9	1,0	+0,1	1,0	+0,1
Kapitel 1220 Städtebau und Projekte	172,4	73,4	489,3	+415,9	175,8	+102,4
Kapitel 1230 Geoinformation	1,4	1,4	3,1	+1,7	4,2	+2,8
Kapitel 1240 Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung	167,9	146,0	177,1	+31,1	180,9	+34,9
Kapitel 1250 Hochbau	226,0	158,3	174,2	+15,9	173,2	+14,9
Kapitel 1260 Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht	3,5	2,2	3,0	+0,8	3,1	+0,9
Kapitel 1295 Förderung des Wohnungsbaus	260,8	244,7	296,6	+51,9	415,7	+171,0
Summe Einzelplan 12	877,7	657,8	1.106,5	+448,7	871,5	+213,7

In Kapitel 1220 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Städtebau und Projekte - wirke sich die pauschale Minderausgabe aus. Insgesamt müsse im Jahr 2022 eine pauschale Minderausgabe in Höhe von 75 Mio. Euro aufgelöst werden, im Jahr 2023 von 116 Mio. Euro. Die zu beschließenden Summen im Haushalt seien also immer vor dem Hintergrund der Auflösung dieser pauschalen Minderausgaben im Zuge der Haushaltswirtschaft zu sehen.

In Kapitel 1295 – Förderung des Wohnungsbaus seien höhere Summen als in den Vorjahren vorgesehen. Die in der Tabelle genannten Zahlen seien jedoch nicht vollständig, da für die folgenden Jahre weitere Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt eingestellt würden. Während 2021 insgesamt 500 Mio. Euro für die Wohnungsbauförderung zur Verfügung gestanden hätten, seien es im Ansatz der Jahre 2022 und 2023 jährlich 740 Mio. Euro. Damit sichere man den Bau von 5 000 Sozialwohnungen pro Jahr ab. Außerdem vollziehe man die aktuelle Kostenstruktur des Baugeschehens in diesen Summen nach.

Zu den politischen Schwerpunkten der Haushaltsjahre 2022 und 2023:

Überblick zu den politischen Schwerpunkten (1)

Bürgerbeteiligung an Planungen und Öffentlichkeitsarbeit

- Verstärkung der Finanzierung für die Anlaufstellen für Bürgerbeteiligung in der Senatsverwaltung und den Bezirken (1210/53121)
- Rahmenkommunikation zur Verbesserung des Neubauklimas (1200/53101)

Entwicklung und Nachnutzung der ehem. Flughäfen Tempelhof bzw. Tegel

- THF: Mehr konsumtive Mittel, insbesondere zur Sicherung der Bestandsnutzungen (Schadstoffsanierungen, Grundinstandsetzungen, Betriebssicherheit, Vorbereitung des Projekts Technische Infrastruktur 2030) und um Dauermielflächen zu aktivieren (1220/54082 und 89364)
- TXL: Erhöhung und Neustrukturierung der investiven Mittel, insbesondere für Grunderwerb im Zuge der Entwicklung der Urban Tech Republic und des Schumacher Quartiers (1220/54047 / 68203 / 82164 / 83111 und 89365)

Vorbereitung und Entwicklung von Wohnungsbauprojekten

Finanzielle Absicherung der Entwicklung unter Einbeziehung von SIWA für Grundstückserwerbe

- Gesamtstädtische Wohnungsbauprojekte (1220/89382)
- neues Stadtquartier Blankenburger Süden (1220/89384)
- Areal des ehem. Güterbahnhofs Köpenick (1220/89385)

Die Finanzierung der Bürgerbeteiligung sei von den konsumtiven Absenkungen zwar auch betroffen, aber die Mittel für diesen Bereich lägen deutlich über dem Ist des Vorjahres.

Für die Entwicklung und Nachnutzung des ehemaligen Flughafens Tempelhof seien mehr konsumtive Mittel eingestellt. Sie dienten insbesondere der Sicherung der Bestandsnutzung. Man habe die Aufgabe, Tempelhof in Betrieb zu halten und Sanierungen vorzunehmen, um dort Flächen vermieten zu können. Für den Standort Tegel seien höhere Investivmittel für Grunderwerb nötig.

Außerdem gehe es um die Umsetzung der gesamtstädtischen Wohnungsbauprojekte des Stadtquartiers Blankenburger Süden und das Areal zu Güterbahnhof Köpenick.

Überblick zu den politischen Schwerpunkten (2)

Städtebauförderung

- Ab 2020 Bundesfinanzhilfen der Städtebauförderung in drei Programmen gebündelt (Sozialer Zusammenhalt, Nachhaltige Erneuerung, Lebendige Zentren und Quartiere). → Ausgaben im Kapitel 1240 ab dem Programmjahr 2022 in den Titeln 89367, 89373 und 89374
- Ansätze der Städtebauförderung in 2022 sowie in 2023 jeweils insgesamt um 10 Mio. € gekürzt aufgrund geringer eingeschätzten Mittelabflusses
- Ferner im Kapitel 1240 Mittel für die Bundesprogramme „Nationale Projekte im Städtebau“ (1240/89361) sowie für den „Investitionspakt“ (1240/89383 - z.B. I-Pakt Sportstätten oder I-Pakt Soziale Integration im Quartier)

Zuführungen an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB)

- Förderung von jährlich 5.000 Wohnungen unter verbesserten Förderbedingungen sowie vier Zuschusskomponenten für den Einbau von Aufzügen bei Dachgeschossausbau, rollstuhlgerechte Wohnungen, nachhaltiges Bauen und architektonische Qualität in den WFB 2020 (1295/88402)
- Erhöhter Ansatz für Genossenschaftsförderung (1295/88405)
- Neu: Förderung von dauerhafter Mietpreis- und Belegungsbindung (1295/88408)
- Neu: Förderung von klimagerechtem Bauen (1295/88409)

Die beiden oben genannten Schwerpunkte seien im Haushaltsentwurf nicht nur abgesichert, sondern auskömmlich ausgestattet.

Überblick zu den politischen Schwerpunkten (3)

Weitere Maßnahmen im Bereich Wohnungswesen

- Ersatzvornahmen nach ZwVbG (1295/54012)
- Zuführungen an Unternehmen für Nachbarschaftsaktivitäten (Wohnumfeldmaßnahmen in Großsiedlungen bei 1295/89360)

Weitere Ausgaben der Wohnraumförderung

- Mietenkonzept 2022/2023 (1295/66106)
- Eigenkapitalersatzdarlehen mittels Zinssubvention (1295/66106)
- Begrenzung von Mieten im sozialen Wohnungsbau (1295/68127)
- Planmäßige Ausfinanzierung von Altprogrammen (div. Titel bei 1295)

Hochbaumaßnahmen der Hauptverwaltung (Kapitel 1250) und Berliner Schulbauoffensive BSO (Kap. 2712)

- Veranschlagung entsprechend des zur Verfügung stehenden Investitionsvolumens
- Flexibilität durch Deckungsfähigkeit zwischen den Kapiteln 1250, 2712 und 2710

Im Haushaltplanentwurf sei Vorsorge für die Finanzierung von Ersatzvornahmen nach der Zweckentfremdungsverbot-Gesetz getroffen worden, damit das Land Berlin in solchen Fällen handlungsfähig sei.

Unter „Zuführungen an Unternehmen für Nachbarschaftsaktivitäten“ seien Wohnumfeldmaßnahmen in Großsiedlungen zu verstehen.

Auch die Wohnraumförderung, inklusive des Mietenkonzept und der Ausfinanzierung von Altprogrammen, sei im Haushalt abgesichert.

Er gehe davon aus, dass die politischen Schwerpunkte, die im Regierungsprogramm festgelegt worden seien, im Haushaltsentwurf abgebildet seien. Die schwierige Aufgabe in den nächsten beiden Jahren werde die Auflösung der pauschale Minderausgabe im Zuge der Haushaltswirtschaft sein.

Der **Ausschuss** bittet um die Beantwortung der in der Synopse – siehe Anlage 1 zum Beschlussprotokoll – aufgeführten Fragen und die Übermittlung der angeforderten Berichte rechtzeitig zur zweiten Lesung am 9. Mai 2022.

Darüber hinaus wurde zu folgenden Titeln in der Ausschusssitzung ausgeführt:

Kapitelübergreifend

Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen

Frage Nr. 1, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Wo ist das im LOI zwischen dem Land Berlin und Signa vereinbarte Masterplanverfahren für den Hermannplatz etatisiert, und wieviel Mittel sind hierfür eingeplant?

Beate Profé (SenSBW) [zugeschaltet] weist darauf hin, dass die Kosten für den Masterplan in Titel 52609 – Thematische Untersuchungen des Kapitels 1210 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Stadtplanung - veranschlagt seien. Der Titel habe insgesamt eine Größenordnung von 625 000 Euro. Man rechne damit, dass ca. 50 000 Euro für den Masterplan erforderlich seien.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die fragenden Fraktionen auf eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung verzichteten.

Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge

Frage Nr. 3, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Welche Maßnahmen sind geplant, um die bestehenden sowie die geplanten und im Bau befindlichen Modulare Unterkünfte für Geflüchtete (MUFs) sozialräumlich in den Kiez zu integrieren?

Inwieweit liegen für die einzelnen Standorte Analysen für den Bedarf an sozialer Infrastruktur im Sozialraum vor (z. B. Kita, Jugendclub, Arztpraxis, Altenpflegeeinrichtung, Nachbarschaftstreff...) vor, die durch entsprechende Angebote in den MUFs gedeckt werden können, und in welche Höhe sind dafür im Haushalt 22/23 Budgets eingeplant?

Bitte stellen Sie für die einzelnen MUF-Standorte die geplanten Maßnahmen zur Entwicklung der sozialräumlichen Infrastruktur dar.

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] führt aus, dass die im Haushaltsplan veranschlagten MUFs und die SIWA-MUFs bereits fertiggestellt seien. Weitere seien nicht geplant. Bei den MUFs der zweiten Generation, den sogenannten MUFs 2.0 mit Apartmentstrukturen, die in der letzten Legislaturperiode entstanden seien, habe es im Vorfeld Untersuchungen zur sozialen Infrastruktur gegeben, die das LAF mit den Bezirken durchgeführt habe. Daraufhin sei in der MUF am Murtzener Ring im Erdgeschoss eine Kita mit 65 Plätzen untergebracht worden. In Steglitz-Zehlendorf am Osteweg seien eine Kindertagespflege und ein Kiezcafé eingerichtet worden. In der Salvador-Allende-Straße gebe es einen vom Bezirk betriebenen Kiezklub.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) erklärt im Namen der Koalitionsfraktionen, dass die mündliche Beantwortung ausreiche.

UN-Konvention/Barrierefreiheit/Inklusion

Frage Nr. 4, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Was für Mittel sind für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention eingestellt, insbesondere zur Förderung von Barrierefreiheit und einer besseren Repräsentanz von Menschen mit Einschränkungen und wie diese etatisiert?

Welche Maßnahmen dieser Art wurden in den Haushaltsjahren 2020/21 finanziert und umgesetzt?

Wie ist der Zeitplan zur Erstellung des Aktionsplans?

Welche Maßnahmen sind geplant, um die Barrierefreiheit in der Stadt zu erhöhen? (Bitte Darstellung der einzelnen Maßnahmen)

In welchen Titeln/Kapiteln werden die Maßnahmen etatisiert?

Michael Réthy (SenSBW) informiert, dass das Thema Barrierefreiheit in Titel 54010 – Dienstleistungen des Kapitels 1060 – Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht zu finden sei. Die Barrierefreiheit sei dort mit 55 000 Euro budgetiert. Der Maßnahmen- und Aktionsplan nach der UN-Behindertenkonvention sei bereits am 20. Januar 2021 beschlossen worden, und seitdem würden entsprechende Maßnahmen umgesetzt. Auch in der anstehenden Novelle der Bauordnung seien Verbesserungen hinsichtlich der Barrierefreiheit enthalten. Zudem würden Studien zur Durchführung von Pilotprojekten bezahlt.

Auch Aus- und Weiterbildungen spielten eine große Rolle. Die Architektenkammer habe sich bereiterklärt, eine Beratung aller Bauschaffenden einzurichten. Das Pilotprojekt dazu sei unlängst erfolgreich beendet worden. Mit den Haushaltsmitteln werde diese Zusammenarbeit verstetigt.

Andreas Otto (GRÜNE) möchte wissen, ob die UN-Behindertenkonvention bei allen Baumaßnahmen berücksichtigt werde.

Michael Réthy (SenSBW) antwortet, dass dies das Ziel sei. Die geänderte Bauordnung werde z. B. Vorschriften enthalten, wonach alle öffentlichen Gebäuden und zwei Drittel aller neu gebauten Wohnungen barrierefrei erstellt werden müssten.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die fragenden Fraktionen auf eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung verzichteten.

Neubauquartier Tegel

Frage Nr. 6, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Bitte um Bericht: Zusammenstellung aller Titel im Zusammenhang mit der Planung und Entwicklung in Tegel.

Welche Maßnahmen mit welchen Zeitplänen sind vorgesehen?

Manfred Kühne (SenSBW) [zugeschaltet] berichtet, dass die Finanzierung der Neubauquartiere in Tegel in Kapitel 1220 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Städtebau und Projekte -, Titel 54047 – Maßnahmen zur Sicherung und Nachnutzung des Flughafens Tegel, Titel 83111 – Kapitalzuführungen an die Tegelprojekt GmbH und Titel 89365 – Zuschüsse für Maßnahmen zur Entwicklung des Zukunftsstandorts Tegel etatisiert sei.

Die eingesetzten GRW-Mittel seien in Kapitel 1330 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Betriebe und Strukturpolitik -, Titel 88307 – Infrastrukturmaßnahmen der Hauptverwaltung im Rahmen der GRW enthalten.

Die Investitionsmaßnahmen starteten in diesem Jahr mit der Herrichtung von Freianlagen und öffentlichen Grünflächen. Im Jahr 2023 konzentrierten sich die Investitionsmaßnahmen auf die Regenwasseranlagen im ersten Bauabschnitt der Urban-Tech-Republic und auf den Rückbau von Verkehrs- und Freianlagen. Alle weiteren Investitionsmittel seien für die Folgejahre vorgesehen.

Katalin Gennburg (LINKE) teilt mit, dass die Bitte um einen schriftlichen Bericht zur zweiten Lesung aufrechterhalten werde.

Dr. Matthias Kollatz (SPD) gibt zu bedenken, dass hier das Zusammenspiel der verschiedenen Akteure auf der Landesebene berücksichtigt werden müsse. Ein Teil werde von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe bearbeitet und ein anderer von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. Eine weitere Rolle spiele die Grün

Berlin GmbH. Er bitte, dass in dem angeforderten Bericht die unterschiedlichen Zuständigkeiten sichtbar würden.

Vorsitzender Andreas Otto konstatiert, dass die fragenden Fraktionen einen schriftlichen Bericht zur zweiten Lesung wünschten und dieser um eine Darstellung des Zusammenwirkens der unterschiedlichen Akteure ergänzt werden solle.

Sozialraumorientierte Planungscoordination

Frage Nr. 8, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Bitte um Auflistung der Einnahmen und Ausgaben aller Programme der Städtebauförderung in Berlin sowie Beschreibung der wichtigsten Unterschiede der Programme und des Einsatzes der Mittel.

Wie erfolgt jeweils die Kofinanzierung der Bundesmittel?

Außerdem Liste aller 2020/21 durchgeführten sowie 2022/23 geplanten Maßnahmen.

Inwieweit werden die Bezirke dabei unterstützt, die mit Hilfe von KfW-Mitteln erstellten Konzepte zur energetischen Quartierssanierung umzusetzen?

Beate Profé (SenSBW) [zugeschaltet] erläutert, dass die sozialräumliche Planungscoordination in den Bezirken nicht einheitlich organisiert sei. In den meisten Bezirken sei die Struktur etabliert. Stadtteilkordinatorinnen und Stadtteilkordinatoren hätten in Lichtenberg und Neukölln bereits ihre Arbeit aufgenommen. Die fachliche und haushaltstechnische Zuständigkeit für die Organisationseinheiten für sozialräumliche Planungscoordination liege bei den Bezirken. Sie bekämen aus dem Titel 54048 – Maßnahmen zur Umsetzung der Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung in Kapitel 1210 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Stadtplanung - jeweils 25 000 Euro jährlich zur auftragsweisen Bewirtschaftung. Die Ausgaben richteten sich nach dem seit 2009 gültigen Handbuch zur Sozialraumorientierung.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die fragenden Fraktionen auf eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung verzichteten.

Umsetzung Gesamtkonzept Integration und Partizipation

Frage Nr. 9, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Bitte um Auflistung der Höhe und Verteilung der Mittel im Einzelplan 12 (Auflistung aller Titel) für den HHP 22/23.

Welchen Bedarf sieht der Senat in dem Fachbereich und wie viele Mittel wurden jeweils angemeldet? Bitte um Darstellung der IST-Zahlen der flüchtlingsbedingten Ausgaben (Fortführung der Masterplanmittel) von 2020 und 2021 im EP 12.

Hendrik Hübscher (SenSBW) [zugeschaltet] informiert dass die Programme BENN – Berlin entwickelt neue Nachbarschaften – und FEIN – Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften – Teil des „Gesamtkonzepts Integration und Partizipation“ seien. Das Programm BENN fördere den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Integration im Stadtteil im Umfeld großer Unterkünfte für Geflüchtete. Für die Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement für Geflüchtete stünden Mittel aus dem Programm FEIN zur Verfügung. Für das Jahr 2022 sei im Programm BENN ein Bedarf in Titel 54010 – Dienstleistungen in Höhe von 4,17 Mio. Euro angemeldet worden und für das Jahr 2023 4,813 Mio. Euro. Für das Programm FEIN seien jeweils 1,9 Mio. Euro im Haushalt enthalten.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die fragenden Fraktionen auf eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung verzichteten.

Armutsbekämpfung

Frage Nr. 11, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Welche Maßnahmen wurden verankert, um Armut zu bekämpfen oder dem Entstehen von Armut vorzubeugen?

Welche Maßnahmen sind aus der im Senat beschlossenen Ressortübergreifende Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere erwachsen und wie sind diese im Haushaltsplan abgebildet?

Hendrik Hübscher (SenSBW) [zugeschaltet] berichtet das die „Ressortübergreifende Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere“ am 30. Oktober 2018 vom Senat beschlossen worden sei. Ziel der Gemeinschaftsinitiative sei eine intensivierete, ressortübergreifende Abstimmung sowie eine verstärkte Intervention der beteiligten Senatsverwaltungen in festgelegten Handlungsräumen.

Die Senatsverwaltungen prüften jeweils eigenverantwortlich, welche ihrer Programme oder Finanzierungen für ein verstärktes Engagement im Sinne der Gemeinschaftsinitiative eingebracht werden sollten. Dies könne in Form einer stärkeren fachlichen Abstimmung und ressortübergreifenden Verzahnung, in Form erhöhter Mittelvergabe in die Handlungsräume oder auch in Form der Umsetzung gemeinsamer Pilotprojekte geschehen.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die fragenden Fraktionen auf eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung verzichteten.

Integrierte Armuts- und Sozialberichterstattung

Frage Nr. 12, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Inwieweit arbeitet die Senatsverwaltung gemeinsam mit den anderen Senatsverwaltungen an einer gemeinsamen Strategie für eine integrierte Armuts- und Sozialberichterstattung?

Inwieweit ist eine Fortführung der Berichterstattung Monitoring Soziale Stadtentwicklung geplant?

In welchen Titeln/Kapiteln werden die Maßnahmen etatisiert?

Beate Profé (SenSBW) [zugeschaltet] weist darauf hin, dass die Zuständigkeit für die integrierte Armuts- und Sozialberichterstattung federführend bei der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales liege. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen stehe in einem engen Kontakt mit den dortigen Kolleginnen und Kollegen, insbesondere wenn es um den Austausch von Sozialdaten gehe.

Das „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“ sei insbesondere auch bei der Auswahl neuer Quartiersmanagementgebiete wichtig. Die Daten aus dem letzten Monitoring – aus dem Zeitraum 2018 bis 2020 – würden momentan für eine Veröffentlichung vorbereitet. Die nächste Aktualisierung erfolge im Jahr 2023. Die entsprechenden Haushaltsmittel seien in Kapitel 1210 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Stadtplanung -, Titel 54010 – Dienstleistungen etatisiert.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die fragenden Fraktionen auf eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung verzichteten.

Gender Budgetierung

Frage Nr. 14, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Bei welchen Titeln und Produkten wurden im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2022/23 Gender-Informationen erhoben? Konnte die Erhebung von Gender-Informationen gegenüber der Haushaltsaufstellung 2020/21 ausgeweitet werden? Wenn ja, welche Titel und Produkte sind dazu gekommen? Wenn nein, warum nicht?

Bei wie vielen der ausgewählten Produkte und Titel, bei denen Gender-Informationen erhoben wurden, wurde bei der Nutzenanalyse der Bedarf einer Umsteuerung festgestellt? Bei welchen Titeln und Produkten wurde daraufhin eine Umsteuerung initiiert? Welche Instrumente wurden hierbei eingesetzt? Welche Erfolge konnten erzielt werden?

Wie wird die Verteilung von Personalmitteln bezüglich des Ziels einer gerechten Genderbudgetierung eingeschätzt? Konnten gegenüber der Haushaltsaufstellung 2020/21 Fortschritte erzielt werden

Ist geplant, sich mit einem Projekt beim Gender Budgeting-Wettbewerb zu beteiligen? Wenn ja, mit welchem? Wenn nein, warum nicht?

Michael Réthy (SenSBW) erklärt, dass das Thema Genderbudgetierung in den allgemeinen Erläuterungen des Einzelplans 12 unter dem Punkt D aufgegriffen werde.

Gegenüber den Vorgängerhaushalten würden nun auch die Dienstreisen berücksichtigt. Es habe sich gezeigt, dass viermal mehr Männer Dienstreisen unternähmen als Frauen. Nun müssten die Gründe dafür analysiert und gegebenenfalls steuernde Maßnahmen ergriffen werden.

Über den Haushalt könne der Frauenanteil am Personal nicht gesteuert werden. Dafür gebe es den Frauenförderplan mit konkreten Instrumenten und Übersichten, wo Frauen unterdurchschnittlich vertreten seien. Es habe sich gezeigt, dass Frauen ausschließlich in der höheren Führungsebene unterrepräsentiert seien. Man versuche, darauf steuernd einzuwirken.

Der Frauenanteil in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen liege insgesamt bei rund 60 Prozent. Er sei seit 2019 von 60,8 auf 60,2 Prozent abgesunken.

Zu einem Genderbudgeting-Wettbewerb müssten noch Überlegungen angestellt werden.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die fragenden Fraktionen auf eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung verzichteten.

Personal

Frage Nr. 17, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

In welchen Bereichen werden warum neue Personalstellen geschaffen?

Ines Heuer-Sehlmann (SenSBW) [zugeschaltet] erläutert, dass folgende Bereiche in den kommenden Haushaltsjahren verstärkt zu berücksichtigen seien: wachsende Stadt – vor allem das kooperative Bauen –, die Qualifizierung von Planungsprozessen mit dem Schwerpunkt auf klimagerechtem Bauen, die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse und effizientere Verwaltung.

Im Bereich „wachsende Stadt/kooperatives Bauen“ seien drei Stellen vorgesehen, die insbesondere der Stärkung der Wohnungsbauleitstelle zur Aktivierung neuer Wohnungsbaupotenziale, dem Monitoring laufender Projekte und städteplanerischen Tätigkeiten zur Implementierung eines Kompensationsmanagements dienen sollten.

Im Bereich „klimagerechtes Bauen“ befinde man sich im Aufbau einer Stabsstelle „Klimaschutz“, die die Aufgaben der einzelnen Abteilungen zusammenfassen und gemeinsam mit dem Umweltbereich steuernd tätig werden solle. Zudem solle sie sich dem Gebäudeenergiebereich widmen.

Im Bereich der Digitalisierung gehe es im Sinne des E-Governments um die Entwicklung von Fachverfahren. Diese würden sukzessive implementiert und weiterentwickelt. Das betreffe u. a. das elektronische Genehmigungsverfahren und bürgerfreundlichere Anwendungsverfahren zur Beantragung von Wohnberechtigungsscheinen. Es sei geplant, eine Stabsstelle „Digitalisierung“, einzusetzen, die die gesamten Prozesse koordiniere und steuere. Dafür seien drei Stellen vorgesehen.

Hinsichtlich einer effektiveren Verwaltung sei ein Schwerpunkt auf das Gebäude- und Flächenmanagement gelegt worden. Angesichts des künftigen Rückzugs in die Württembergische Straße 6 stehe man vor der Aufgabe, diesen Standort langfristig zu entwickeln und mit einem intelligenten Management die vorhandenen Büroflächen besser auszunutzen. Aufgaben seien neu gebündelt und in einer neuen Abteilungsstruktur zusammengefasst worden. Ein entsprechendes Organigrammen werde dem für Personal zuständigen Unterausschuss des Hauptausschusses vorgelegt.

Darüber hinaus sei die Bildung einer Stabsstelle „Architektur“ zur Entwicklung und Steuerung konkreter Planungen vorgesehen. Für die Schaffung einer effektiveren Verwaltung seien insgesamt fünf Stellen eingeplant. Für die Qualifizierung von Planungsprozessen solle es drei Stellen geben.

Insgesamt werde es für die Jahre 2022 und 2023 14 zusätzliche Stellen geben. Drei davon hätten sich bereits aus Senatsvorlagen der früheren Legislaturperiode ergeben.

Andreas Otto (GRÜNE) möchte wissen, welche Aufgaben die Stabsstelle für klimagerechtes Bauen haben solle. Er sei bislang davon ausgegangen, dass Herr Pohlmann und seine Abteilung V – Hochbau – für die Umsetzung klimagerechter Bauvorhaben zuständig seien. Bestehe die Gefahr, dass das klimagerechte Bauen in einer Stabsstelle theoretisch behandelt, aber in der Praxis weiter wie bisher gebaut werde?

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) erwidert, dass in allen Bereichen das Bewusstsein, dass klimagerecht gebaut werden müsse, vorhanden sein solle. Die Stabsstelle solle u. a. eine Schnittstelle zur Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz sein. Sie solle die Belange des Klimaschutzes weitertragen und die Umsetzung nachverfolgen.

Michael Réthy (SenSBW) ergänzt, dass die Stabsstelle einer Koordinierung der Bereiche, die sich in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen mit dem klimagerechten Bauen befassen, dienen solle. Es bedürfe einer strategischen Bündelung dieser Belange.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die fragenden Fraktionen auf eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung verzichteten.

Personal

Frage Nr. 18, Fraktion der CDU

Wie viele und welche Stellen in den einzelnen Abteilungen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sind derzeit aus welchen Gründen nicht besetzt?

Welche Stellen werden in welchen Abteilungen neu geschaffen und innerhalb welchen Zeitraums wird mit einer Besetzung der Stellen gerechnet?

Ines Heuer-Sehlmann (SenSBW) [zugeschaltet] berichtet, dass es in der Senatsverwaltung – Stand 15. Februar 2022 – 109 freie Stellen gebe. Das seien rund 10 Prozent des gesamten Stellenplans. Der überwiegende Teil der freien Stellen, nämlich 50, könnten aufgrund von Bewerbermangel nicht besetzt werden. Dazu liefen permanent Besetzungsverfahren, die je-

doch zumeist ergebnislos ausgingen. Das betreffe technische Berufe, aber zunehmend auch Aufgaben in der allgemeinen Verwaltung. Zehn Stellen würden für die Nachwuchsförderung freigehalten. Sie dienten dazu, Referendarinnen und Referendaren eine Stellenperspektive bieten zu können. Bei 20 Stellen seien noch vorbereitende Arbeiten zu erledigen, wie die Beschreibung und Bewertung des Arbeitsgebiets. 25 weitere Stellen könnten nach Aufhebung der Haushaltssperre besetzt werden. Zehn Verfahren liefen derzeit, seien aber noch nicht abgeschlossen.

Stefan Evers (CDU) hält im Namen seiner Fraktion an der Bitte fest, zur zweiten Lesung einen schriftlichen Bericht zu erhalten.

Flughafen Tegel (TXL)

Frage Nr. 19, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

In welchen Kapiteln/Titeln werden in welcher jeweiligen Höhe Ansätze für Planungen am und um den Flughafen Tegel gebildet?

Manfred Kühne (SenSBW) [zugeschaltet] erklärt, dass für die Entwicklung des ehemaligen Flughafengeländes in Tegel aus Titel 54047 – Maßnahmen zur Sicherung und Nachnutzung des Flughafens Tegel die Personal- und Sachkosten für die Geschäftsbesorgung durch die Tegel Projekt GmbH finanziert würden. Im Jahr 2022 seien dafür 14 Mio. Euro angesetzt und im Jahr 2023 14,5 Mio. Euro.

Wesentliche Aufgabe sei die Finanzierung der Bauleitplanung. Dafür seien in beiden Jahren 700 000 Euro vorgesehen. Er erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass der Senat beschlossen habe, dass sämtliche Bereiche im Projektgebiet nach § 9 AG BauGB in die Zuständigkeit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen fielen.

Im Titel 83111 – Kapitalzuführungen an die Tegel Projekt GmbH des Kapitels 1220 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Städtebau und Projekte - seien im Jahr 2022 9 Mio. Euro vorgesehen und im Jahr 2023 11,9 Mio. Euro. Darin enthalten seien Investitionen für die Verkehrs- und Gebäudeplanung. Aus diesem Titel sollten vorrangig die Aktivierung des Terminals D und der Ausbau der Energiezentrale finanziert werden.

Weitere investive Mittel stünden in Titel 89365 – Zuschüsse für Maßnahmen zur Entwicklung des Zukunftsstandorts Tegel des Kapitels 1220 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Städtebau und Projekte - bereit, nämlich 8,1 Mio. Euro im Jahr 2022 und 4,2 Mio. Euro im Jahr 2023. Diese Mittel seien u. a. für Planungen zur Aktivierung des Terminals B und den Ausbau der Regenwasseranlagen im Bereich der Terminals vorgesehen.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die fragenden Fraktionen auf eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung verzichteten.

Urbane Praxis

Frage Nr. 21, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Wo und in welcher Höhe sind die hierfür erforderlichen Finanzmittel veranschlagt?

Manfred Kühne (SenSBW) [zugeschaltet] informiert, dass dieses Förderprogramm in den vergangenen Haushaltsjahren ausschließlich bei der Senatsverwaltung für Kultur und Europa veranschlagt worden sei. Bisher sei bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen noch kein Haushaltsansatz vorgesehen.

Katalin Gennburg (LINKE) bittet im Namen der Koalitionsfraktionen um eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung.

Genossenschaftliche Ankaufsagentur

Frage Nr. 22, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Wo und in welcher Höhe jeweils sind Finanzmittel veranschlagt?

Dirk Böttcher (SenSBW) [zugeschaltet] berichtet, dass Mittel in Höhe von 50 000 Euro pro Jahr in Kapitel 1210 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Stadtplanung -, Titel 68524 – Zuschüsse an städtebauliche Institutionen etatisiert seien.

Bei der genossenschaftlichen Ankaufsagentur handele es sich um eine Immobilienagentur mit gemeinwohlorientiertere Ausrichtung in Form einer Genossenschaft. Am Markt akquirierte Grundstücke sollten ausschließlich an Mitglieder dieser Genossenschaft weitergegeben werden. Ein ähnliches Modell existiere bereits in München.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) bittet um die Zurückstellung des Titels 68524 zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die fragenden Fraktionen auf eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung verzichteten.

Campus für Demokratie

Frage Nr. 23, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

In welchen Titeln sind Mittel zur weiteren Vorbereitung und Realisierung des Campus für Demokratie enthalten? (In den vergangenen Haushaltsjahren war das jeweils für das Standortmanagement und die Bauleitplanung.)

Welche weiteren Schritte sind wann zur Projektumsetzung geplant?

Wer hat für welche Maßnahmen die Federführung im Senat?

Hendrik Hübscher (SenSBW) [zugeschaltet] teilt mit, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen in bauplanungsrechtlicher Hinsicht keine Verantwortung für den Campus für Demokratie trage. Vielmehr habe der Bezirk Lichtenberg einen Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan gefasst. Folglich sei auch keine Vorsorge im Einzelplan zwölf getroffen worden.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen sei gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Kultur und Europa Auftraggeber für das Standortmanagement. Die Mittel hierfür würden im Rahmen der Städtebauförderung, konkret aus dem Programm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“, in den Titeln 89363 – Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Programms Stadtumbau West und 89373 – Städtebauförderung nachhaltige Erneuerung etatisiert.

Mit dem Standortmanagement könne die Senatsverwaltung Entwicklungsprozesse moderieren und gegenüber beteiligten Akteuren Entwicklungsanstöße geben. Für die Entwicklung im Sinne der Sanierungsziele und als Campus für Demokratie sei jedoch die Mitwirkung verschiedener Akteure und der Flächeneigentümer notwendig. Hierzu fänden im Senat laufend Gespräche statt.

Andreas Otto (GRÜNE) konstatiert, dass entsprechende Angaben in dem Titel des Programms „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ fehlten.

Hendrik Hübscher (SenSBW) [zugeschaltet] bestätigt, dass es sich um einen Sammeltitle handle, in dem die einzelnen Maßnahmen nicht aufgeführt seien.

Andreas Otto (GRÜNE) bittet zur zweiten Lesung um einen Überblick, in welchen Titeln welche Summen für das Campusmanagement vorgesehen seien.

Kapitel 1200 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken die Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung wünschten.

Titel 52703 – Dienstreisen

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken die Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung wünschten.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Frage Nr. 26 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Bitte um Bericht zur Mittelverwendung in den Jahren 20 und 21 und den Ausgabenplanungen in 2022 und 2023. Wie erklärt sich der sinkende Ansatz zu Erl. 4 „Rahmenkommunikation zur Verbesserung des Neubauklimas mit Bürgerinformationen, Kommunikation zum Wohnungsbau, Partizipationsmöglichkeiten u. a.“?

Dr. Marion Mienert (SenSBW) [zugeschaltet] informiert, dass für die Bereiche Social Media und Internet in den Jahren 2020 und 2021 5 000 bzw. 55 000 Euro ausgegeben worden seien. Für Publikationen seien rund 50 000 Euro aufgewendet worden und für Kampagnen – im Wesentlichen die im Zusammenhang mit dem Mietendeckel und eine für den Neubau – 220 000 bis 230 000 Euro.

Die Planungen für die Jahre 2022 und 2023 lägen weitgehend vor. Die Ausgaben für Kampagnen veränderten sich 210 000 bzw. 230 000 Euro nicht erheblich. Weggefallen sei ein Kommunikationspaket zum Mietendeckel.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die fragenden Fraktionen auf eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung verzichteten. Es werde aber um eine Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung gebeten.

Frage Nr. 26 b, Fraktion der CDU

In welcher Weise sollen Internetauftritt und digitale Kommunikationskanäle qualifiziert werden? Was genau begründet die Kosten für die Migration des Internetauftritts in das Redaktionssystem des Landes Berlin? Aufstellung geplanter Maßnahmen „Rahmenkommunikation zur Verbesserung des Neubauklimas“

Dr. Marion Mienert (SenSBW) [zugeschaltet] führt aus, dass geplant sei, das Social Media- und Internetangebote insbesondere mit hochwertigen Bildmaterial und Videocontent qualitativ aufzuwerten.

Momentan werde der Internetauftritt der Senatsverwaltung auf das neue System des Landes Berlin umgestellt. Dabei handele es sich nicht nur um eine Migration, sondern vielmehr eine komplette Relaunch. Auch das sei mit einer qualitativen Verbesserung verbunden. Die Auffindbarkeit werde verbessert, die Nutzerfreundlichkeit erhöht und die Barrierefreiheit sichergestellt. Vor allem aber werde der Inhalt fokussiert und effizienter aufgebaut. Das setze einen Neuaufbau aller Bereiche in Zusammenarbeit mit einer spezialisierten Firma voraus.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die fragende Fraktion auf eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung verzichte.

Titel 54001 – Sächliche Ausgaben für die Verwaltungsreform

Frage Nr. 28, Fraktion der CDU

Welche Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung sind jenseits von Diversity-Stärkung geplant?

Ines Heuer-Sehlmann (SenSBW) [zugeschaltet] weist darauf hin, dass es hier nicht nur um die Themen Gender und Diversity gehe, sondern auch um die Optimierung und Professionalisierung im Projektmanagement. Man verfolge die Wissensaneignung dieser Arbeitsformen durch Workshops und Seminare. Für Führungskräfte gebe es z. B. Workshops zum Thema digitales Führen und für Beschäftigte Workshops zum Arbeiten mit digitalen Medien.

Stefan Evers (CDU) möchte wissen, ob die eingestellten Mittel ausreichen. Wie wirksam seien die Maßnahmen angesichts der relativ niedrigen Haushaltsansätze?

Ines Heuer-Sehlmann (SenSBW) [zugeschaltet] gibt zu bedenken, dass es sich oftmals um digitale Weiterbildungsangebote handele. Es gebe auch Lernprogramme, die man herunterladen und nutzen könne, ohne angemeldet zu sein. Damit könnten sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreicht werden.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die fragende Fraktion auf eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung verzichte.

Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung

Frage Nr. 29 b, FDP-Fraktion

Welche GPM-Projekte werden hier verfolgt?

Hans Schirrmeister (SenSBW) [zugeschaltet] erläutert, dass gemäß E-Government-Gesetz sämtliche Verwaltungsleistungen bis Ende 2023 digitalisiert sein müssten. Voraussetzung dafür sei eine Geschäftsprozessoptimierung. In dem vorliegenden Titel seien aktuell Maßnahmen zur Digitalisierung der städtebaulichen Verträge vorgesehen. Damit würden auch Anforderungen des Rechnungshofs und des Abgeordnetenhauses erfüllt. Außerdem strebe man die elektronische Bauleitplanung an. Alle Bebauungspläne seien zwar bereits digital im Geodatenportal abgelegt, aber hier gehe es darum, den Prozess der Erstellung der Bauleitpläne digital abzubilden. Ein weiteres Projekt sei das elektronische Geschäftsbuch für das Vermessungswesen. Damit sollten alle Aufgaben der Berliner Vermessungsämtern zusammengefasst und elektronisch erledigt werden können. Des Weiteren solle der Ablauf der städtebauliche Förderprogramme digital abgebildet werden.

Björn Matthias Jotzo (FDP) konstatiert, dass die von Herrn Schirrmeister erwähnten Projekte bereits an anderer Stelle etatisiert seien. Seien die hier veranschlagten Mittel in Addition dazu zu sehen?

Hans Schirrmeister (SenSBW) [zugeschaltet] erklärt, dass die Geschäftsprozesse optimiert werden müssten, bevor sie digitalisiert werden könnten.

Dirk Stettner (CDU) geht davon aus, dass sich Herr Jotzo auf den Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln bezogen habe. Auch dort seien die Ansätze vergleichsweise niedrig. Sei abzusehen, ob die veranschlagten Mittel ausreichen?

Hans Schirrmeister (SenSBW) [zugeschaltet] teilt mit, dass die E-Akte voraussichtlich im Jahr 2023 in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen eingeführt werde und auch die Geschäftsprozesse bis spätestens 2024 digitalisiert seien.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die fragende Fraktion auf eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung verzichte.

Die Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken wünschten die Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung.

Titel 54053 – Veranstaltungen

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken die Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung wünschten.

Titel 88401 – Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)

Frage Nr. 31 , Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Unklar, warum nur 1 000 Euro, bitte erläutern.

Michael Réthy (SenSBW) erinnert daran, dass im Jahr 2020 in einem Haushaltsnachtrag 70 Mio. Euro in das SIWA überführt worden seien. In den verbindlichen Erläuterungen dazu sei festgelegt worden, dass dadurch ausschließlich Vorkaufsrechte finanziert werden sollten. Um diese Mittel nun auch für den Grundstückserwerb, der im Zusammenhang mit den städtebaulichen Entwicklungsgebiete, insbesondere Güterbahnhof Köpenick und Blankenburger Süden, erforderlich sei, nutzen zu können, sei der vorliegende Titel reaktiviert worden.

Die 1 000 Euro seien als Mindestansatz erforderlich, dienen aber nur dazu, die Titelerläuterungen anpassen zu können. Im Ergebnis werde der Haushalt 2022/2023 durch dieses Vorgehen um rund 20 Mio. Euro entlastet.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die fragenden Fraktionen auf eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung verzichteten. Es werde aber um eine Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung gebeten.

Titel 89310 – Einzelplanbezogene Minderausgaben für Investitionen

Frage Nr. 32 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

An welchen Titeln wurden Sperren im gleichen Umfang zur Auflösung der PMA im Einzelplan angebracht?

Frage Nr. 32 b, FDP-Fraktion

Wie sollen die Minderausgaben i.H.v. 75 Mio. Euro im Jahr 2022 und 116 Mio. Euro im Jahr 2023 aufgelöst werden

Michael Réthy (SenSBW) weist darauf hin, dass die Titelerläuterung, wonach zur Auflösung der pauschalen Minderausgaben titelscharfe Sperren im gleichen Umfang angebracht werden müssten, im vorliegenden Haushaltplanentwurf noch nicht umgesetzt worden sei.

Sperren seien in 1. Kapitel 1295 – Förderung des Wohnungsbaus, Titel 88402 – Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB) angebracht worden. Dort seien erhebliche Mittel enthalten, die zwar nicht gekürzt werden sollten. Aber man gehe rechnerisch davon aus, dass die Mittel nicht in voller Höhe benötigt würden, da Fonds selbst noch Mittel vorhanden seien, die noch aufgebraucht werden könnten. Außerdem benötigten die neuen Förderbedingungen eine gewisse Anlaufphase, sodass liquide Mittel nicht in dieser Höhe erforderlich seien. Mit der Senatsverwaltung für Finanzen sei abgestimmt, dass die Mittel verlagert werden könnten, wenn sie für ihr eigentliches Ziel benötigt würden. Zum Jahresende sei das dann leichter möglich.

Die Sperren in diesem Titel beliefen sich auf 64 Mio. Euro und 101 Mio. Euro. Es fehlten also 11 Mio. Euro im Jahr 2022 und 15 Mio. Euro im Jahr 2023, die noch nicht titelscharf gesperrt sein. Diese Summen könnten im Lauf der Haushaltswirtschaft verlagert werden.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) und **Katalin Gennburg** (LINKE) bitten um eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die FDP-Fraktion auf eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung verzichte.

Titel 97101 – Pauschale Mehrausgaben

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken die Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung wünschten.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken die Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung wünschten.

Titel 81240 – Investitionen für die verfahrensabhängige IKT-Technik

Frage Nr. 37 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

eBG: Wie ist der minimale Ansatz für die Weiterentwicklung dieses zentralen Verfahrens von nur 60 000 Euro pro Jahr einzuordnen, vor allem in Relation zu „Wohnungsbauleitstelle – Aufbau Controlling- und Reportingsystem Städtebauliche Verträge“ iHv. 250.000 Euro pro Jahr?

Hans Schirrmeister (SenSBW) [zugeschaltet] erläutert, dass das Baugenehmigungsverfahren schon lange im Einsatz sei. Die 60 000 Euro dienen lediglich der Weiterentwicklung.

Bei dem Controlling- und Reportingsystem für die städtebaulichen Verträge gehe es hingegen um die Einführung eines neuen Systems. Dafür seien investive Mittel in der genannten Höhe erforderlich.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die fragende Fraktion auf eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung verzichte.

[Lüftungspause von 10.53 Uhr bis 11.14 Uhr]

Kapitel 1210 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Stadtplanung -

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen

Frage Nr. 40 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 40 b, Fraktion der CDU,
und
Frage Nr. 40 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nrn. 40 a, b und c würden gemeinsam in einem schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 53121 – Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen

Frage Nr. 41 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 41 b, Fraktion der CDU,
und
Frage Nr. 41 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, Frage Nr. 41 c werde gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 41 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet. Zu Frage Nr. 40 b: Der Titel sei dadurch ohnehin zurückgestellt.

Titel 54005 – Vorbereitung, Steuerung und Kontrolle von Wohnungsbauprojekten

Frage Nr. 42 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 42 b, Fraktion der CDU,

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, Frage Nr. 42 b werde gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 42 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 43 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 43 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 43 c, Fraktion der AfD
und
Frage Nr. 43 d, Fraktion der FDP

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 43 b, c und d würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 43 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 54048 – Maßnahmen zur Umsetzung der Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung

Frage Nr. 44 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 44 b, Fraktion der CDU

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, Frage Nr. 44 b werde gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 43 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 54053 – Veranstaltungen

Frage Nr. 45, Fraktion der AfD

Beate Profé (SenSBW) [zugeschaltet] teilt mit, auch im Coronajahr 2021 hätten zwei Veranstaltungen des „Stadtforums“ stattgefunden – im Januar und im Mai –, aber nicht in der für das „Stadtforum“ üblichen Form als Präsenzveranstaltung. Die Mittel würden verwendet, um auch in Zukunft technisches Equipment anzufordern, weil wahrscheinlich auch weiterhin digitale Angebote erforderlich seien. Man wolle das „Stadtforum“ in den Jahren 2022 und 2023 fortführen.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) ergänzt hinsichtlich der Begründung für diese Veranstaltungen, dass der Senat von Gesetzes wegen, aber auch aus eigenem Willen heraus den Auftrag habe, über aktuelle Entwicklungen zu informieren, die Stadtgesellschaft in Diskussionen einzubeziehen und für bestimmte Prozesse Transparenz herzustellen. Das „Stadtforum“ sei dabei eines von vielen geeigneten Instrumenten. Die Veranstaltungen seien nicht zum Nulltarif durchzuführen, und SenSBW gehe sparsam mit den Geldern um.

Harald Laatsch (AfD) bittet um einen schriftlichen Bericht.

Björn Matthias Jotzo (FDP) bittet darum, in diesem Bericht auch das tatsächliche Ist 2021 mitzuteilen. Der in Frage Nr. 45 angeführte Betrag von 210 000 Euro sei wohl nicht zutreffend.

Titel 68524 – Zuschüsse an städtebauliche Institutionen

Frage Nr. 46 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 46 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 46 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 43 b und c würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 46 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Kapitel 1214 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Gemeinsame Landesplanung –

Übergreifend Wohnungsbau

Frage Nr. 47, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) merkt an, dass man hierzu gerne schriftlich berichte, aber wohl nicht viel mitteilen könne, weil es hierbei nicht um Zuständigkeiten der GL und größtenteils auch nicht um Zuständigkeiten des Landes Berlin gehe.

Vorsitzender Andreas Otto erklärt, in dem Bericht sollte nicht nur auf eine fehlende Zuständigkeit verwiesen werden. Gebe es gemeinsame Wohnungsbauprojekte, falls ja, wer sei damit befasst?

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) erklärt, man werde gern allgemein zu Wohnungsbau- und Infrastrukturprojekten berichten, obwohl es eigentlich mit der GL nichts zu tun habe.

Kapitel 1220 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Städtebau und Projekte -

Übergreifend

Frage Nr. 48, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Manfred Kühne (SenSBW) [zugeschaltet] erklärt, die Aufstellung von sektoralen Bebauungsplänen seien in der Regel eine Aufgabe der Bezirksämter. Über deren Budgets und deren Personalentwicklung könne man an dieser Stelle nicht berichten. Wenn der Senat nach § 9 oder § 7 AGBauGB die Zuständigkeit von Bebauungsplänen übernehme, würden die Verfahren aus dem Kapitel 1220 und dem Titel 54007 – Vorarbeiten im Rahmen von Bauleitplanungsverfahren – bestritten. Die bezirklichen Bebauungspläne erhielten eine kontinuierliche Unterstützung von SenSBW, und zwar vom Grundsatzreferat I C. Dazu sei mit dem Muster-einführungserlass zum Baulandmobilisierungsgesetz im letzten Jahr ein wesentlicher Schritt unternommen worden; auch weitere planungsrechtliche Aktivitäten in diesem Bereich würden von diesem Referat begleitet.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) ergänzt, dass die direkt bei ihm angesiedelte Wohnungsbauleitstelle auch bezirkliche Planungsvorhaben begleite und unterstütze. Man habe auch regelmäßige Rücksprachen mit den Bezirksämtern gerade zu den Neubauvorhaben, um gegebenenfalls Fragen zu klären oder punktuell unterstützen zu können.

Julian Schwarze (GRÜNE) erklärt, die Bezirke sähen hinsichtlich der sektoralen Bebauungspläne gewisse rechtliche Risiken in der Anwendung. Inwiefern seien hinsichtlich möglicher Klagen gegen einen solchen Bebauungsplan eine Unterstützung oder die Übernahme der Risiken im Haushalt abgebildet, oder bleibe das allein den Bezirken überlassen?

Dirk Stettner (CDU) fragt, warum sich der Ansatz bei Titel 54007 im Vergleich zum Ist mehr als halbiert habe.

Katalin Gennburg (LINKE) fragt, inwiefern SenSBW davon ausgehe, dass hierbei kein personeller Mehraufwand bestehe und es keiner größeren Unterstützung bedürfe, damit diese sektoralen Bebauungspläne als Instrument angewendet und durchgesetzt werden könnten.

Vorsitzender Andreas Otto fragt, ob bisher schon ein sektoraler Bebauungsplan in Berlin aufgestellt worden sei.

Manfred Kühne (SenSBW) [zugeschaltet] teilt mit, die Haushaltsmittel für die Klageverfahren würden nicht in den Bebauungsplantiteln der Bezirke oder im Etat von SenSBW abgebildet, sondern über den juristischen Querschnittsbereich finanziert. Die Mittel in Titel 54007 seien Vorhaltemittel für absehbare Bebauungspläne; für eine Reihe von Bebauungsplänen habe man aber projektbezogene Titel – z. B. im Projekt Tegel oder in den Entwicklungsmaßnahmen. Insofern seien im Titel 54007 nicht sämtliche Ausgaben für Bebauungspläne dargestellt.

Zum Personalbedarf: Man überblicke auf der Arbeitsebene nicht sämtliche Personalbedarfe der Bezirke, obwohl man dazu regelmäßig im Austausch sei.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) berichtet, man habe gegenwärtig in zwei, drei Fällen Personal wegen eines besonderen Bedarfs in die Bezirke zur Unterstützung abgeordnet. Allerdings bestehe auch das Problem, dass viele Stellen für diese baulichen Bereiche in den Bezirken nicht besetzt seien, und da müsse man ansetzen. Es gehe also nicht um den Stellenplan, sondern eher um die Besetzungsverfahren und die Personalgewinnung. Man werde die Bezirke in einer Kampagne mit IHK und anderen unterstützen, um allgemein entsprechende Nachwuchskräfte für die Verwaltung zu gewinnen.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass zu Frage Nr. 48 schriftlich berichtet werde.

Übergreifend

Frage Nr. 49, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) erklärt, hierzu werde man schriftlich berichten.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände

Frage Nr. 50, Fraktion der AfD

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) erklärt, die Frage, warum nicht mehr investiert werde, um mehr mobiles Arbeiten zu ermöglichen, gehe etwas an der Situation bei SenSBW vorbei, weil dort alle Mitarbeitenden in der Lage seien, mobil zu arbeiten, und diese Möglichkeit auch entsprechend eingesetzt werde. Zum 01.04.22 würden viele Corona-Regelungen aufgehoben, sodass nach der früheren Regelung wieder bis zu zwei Tagen in der Woche mo-

biles Arbeiten möglich sei, was sich wiederum kumulieren und über den Monat ausgleichen dürfe. Es bestehe kein Bedarf, in Größenordnungen neue Geräte anzuschaffen; was dennoch erforderlich sei, werde über die laufenden Mittel ausgeglichen.

Harald Laatsch (AfD) fragt, ob Software in Richtung Building Information Management in diesem Titel mit enthalten sei. Wenn ja, bitte man um einen ausführlichen schriftlichen Bericht.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) betont, bei diesem Titel gehe es nicht um ein übergreifendes Informationsmanagement oder Ähnliches.

Dr. Matthias Kollatz (SPD) hebt hervor, dass sich die Frage auf das Building Information Management beziehe. Damit würden in Berlin noch relativ wenige Häuser gebaut; seines Wissens sei das bei Teilen der HOWOGE und der Berlinovo der Fall. Die betreffende Frage könne schriftlich oder mündlich beantwortet werden.

Vorsitzender Andreas Otto vermutet, dass sich diese Frage auf einen Titel in einem anderen Kapitel beziehe. BIM und digitale Planungswerkzeuge seien nicht in Kapitel 1220 etatisiert.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) bittet darum, diese Frage bei Kapitel 1250 erneut aufzurufen.

Harald Laatsch (AfD) erklärt, die Frage seiner Fraktion sei an dieser Stelle beantwortet.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, Frage Nr. 50 sei erledigt.

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen

Frage Nr. 51 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 51 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 51 c, Fraktion der AfD
und
Frage Nr. 51 d, Fraktion der FDP

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 51 b, c und d würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 51 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 52611 – Städtebauliche Wettbewerbe

Frage Nr. 52 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 52 b, Fraktion der CDU

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, Frage Nr. 52 b werde gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 52 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 53121 – Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen

Frage Nr. 53 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 53 b, Fraktion der CDU

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, Frage Nr. 53 b werde gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 53 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 53314 – Baukollegium

Frage Nr. 54, Fraktion der AfD

Manfred Kühne (SenSBW) [zugeschaltet] erklärt, das Baukollegium begleite laufende Planungsverfahren im Städtebau und im Hochbau. Eine genügende Zahl von Sitzungen müssten durchgeführt und finanziert werden, weil ansonsten die Projektentwicklungen auf diese Sitzungen warten müssten. Eine Reduzierung dieser Anzahl bzw. der finanziellen Mittel könne man nicht empfehlen.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass Frage Nr. 54 mit dieser mündlichen Beantwortung erledigt sei.

Titel 54005 – Vorbereitung, Steuerung und Kontrolle von Wohnungsbauprojekten

Frage Nr. 55 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 55 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 55 c, Fraktion der AfD
und
Frage Nr. 55 d, Fraktion der FDP

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 55 b, c und d würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 55 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 54007 – Vorarbeiten im Rahmen von Bauleitplanungsverfahren

Frage Nr. 56 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 56 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 56 c, Fraktion der AfD

und
Frage Nr. 56 d, Fraktion der FDP

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 56 b, c und d würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 56 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 57, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, der Titel sei zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 54047 – Maßnahmen zur Sicherung und Nachnutzung des Flughafens Tegel

Frage Nr. 58 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 58 b, Fraktion der AfD
und
Frage Nr. 58 c, Fraktion der FDP

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 85 b und c würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 58 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 54053 – Veranstaltungen

Frage Nr. 59 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 59 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 59 c, Fraktion der AfD
und
Frage Nr. 59 d, Fraktion der FDP

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 59 b, c und d würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 59 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 54065 – Vorbereitung von größeren Beschaffungen oder größeren Entwicklungsvorhaben

Frage Nr. 60 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 60 b, Fraktion der CDU

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, zu Frage Nr. 60 a werde schriftlich berichtet; der Titel sei damit ohnehin zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 54082 – Maßnahmen zur Entwicklung des ehemaligen Flughafens Tempelhof (Tempelhof Projekt GmbH)

Frage Nr. 61 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 61 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 61 c, Fraktion der FDP

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, Frage Nr. 61 c werde gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 61 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet. Der Titel sei damit ohnehin zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 68123 – Ehrungen

Frage Nr. 62, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Manfred Kühne (SenSBW) [zugeschaltet] berichtet, bisher sei üblicherweise im Abstand von drei Jahren der Architekturpreis Berlin aus diesem Titel finanziert worden. Die betreffende Ausgabe von 30 000 Euro sei also nicht jährlich angefallen. – Auch der Berlin Award sei bisher nicht jährlich vergeben worden.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass Frage Nr. 62 mit dieser mündlichen Beantwortung erledigt sei. Der Titel sei aber zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 68203 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH

Frage Nr. 63 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 63 b, Fraktion der CDU

Dr. Matthias Kollatz (SPD) weist darauf hin, dass diese Frage zu dem schriftlichen Bericht zu Tegel gehöre; lfd. Nr. 58 a enthalte einen entsprechenden Querverweis.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 63 a und b würden schriftlich beantwortet.

Titel 68262 – Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an das SILB

Frage Nr. 64, Fraktion der FDP

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) erklärt, diese Frage werde man schriftlich beantworten.

Titel 82164 – Kauf von bebauten Grundstücken für das Verwaltungs- und Stiftungsvermögen)

Frage Nr. 65 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 65 b, Fraktion der CDU

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, Frage Nr. 65 b werde gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 65 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 83111 – Kapitalzuführung an die Tegel Projekt GmbH

Frage Nr. 66 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 66 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 66 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 66 b und c würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 66 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 89111 – Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen

Frage Nr. 67 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 67 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 67 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 67 b und c würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 67 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 89364 – Zuschüsse für Maßnahmen zur Entwicklung des ehemaligen Flughafens Tempelhof

Frage Nr. 68 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 68 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 68 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, Frage Nr. 68 c werde gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 68 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet. Der Titel sei damit ohnehin zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 89365 – Zuschüsse für Maßnahmen zur Entwicklung des Zukunftsstandorts Tegel

Frage Nr. 69 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 69 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 69 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, Frage Nr. 69 c werde gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 69 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet. Der Titel sei damit ohnehin zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) merkt an, dass man versuchen werde, die Fragen zu Tegel und die zu Tempelhof zusammenzufassen.

Vorsitzender Andreas Otto weist darauf hin, dass eine Zusammenfassung sicherlich sinnvoll sei, aber die Antwort auf die jeweilige Teilfrage kenntlich gemacht werden sollte.

Titel 89382 – Vorbereitung und Durchführung von gesamtstädtischen Wohnungsbauprojekten

Frage Nr. 70 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 70 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 70 c, Fraktion der AfD
und
Frage Nr. 70 d, Fraktion der FDP

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 70 b, c und d würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 70 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 89384 – Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme für das neue Stadtquartier "Blankenburger Süden"

Frage Nr. 71 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 71 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 71 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 71 b und c würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 71 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 89385 – Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme für das Areal des ehemaligen Güterbahnhofs Köpenick“

Frage Nr. 72 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 72 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 72 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 72 b und c würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 72 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 89443 – Entwicklungsmaßnahme Parlaments und Regierungsviertel

Frage Nr. 73 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 73 b, Fraktion der CDU

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, Frage Nr. 73 b werde gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 73 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Kapitel 1230 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Geoinformation -

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 74 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 74 b, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, Frage Nr. 74 b werde gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 74 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet. – Das Kapitel sei interessant und lohne eine genauere Betrachtung, auch wenn dazu insgesamt nur ein Bericht angefordert werde.

Katalin Gennburg (LINKE) fragt, warum dieser Titel bzw. das Data Hub nicht mehr bei SenWEB, sondern bei SenSBW etatisiert sei.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) erklärt, diese Frage werde man ebenfalls in dem angeforderten schriftlichen Bericht beantworten.

Kapitel 1240 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Übergreifend – Quartiersmanagement

Frage Nr. 75, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Dr. Sandra Obermeyer (SenSBW) [zugeschaltet] erklärt, die Stadtteilkoordination-Plus setze man in Gebieten des Quartiermanagements ein, um die Verstetigung der Quartiere zu begleiten. Voraussetzung sei, dass sich dort eine Organisationseinheit „Sozialräumliche Planungs-koordination“ befinde. Man finanziere aus dem Titel 89368 – Zuschüsse für die Zukunftsinitiative Stadtteil 2. – Zuschüsse für diese Stadtteilkoordination in Höhe von 30 000 Euro jährlich pro Bezirk. Der Erläuterung zu diesem Sammeltitle könne man es nicht genau entnehmen: Für diese Stadtteilkoordination-Plus seien 2022 dort 243 400 Euro und 2023 234 400 Euro eingestellt.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass Frage Nr. 75 mündlich beantwortet und damit erledigt sei.

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen

Frage Nr. 79 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 79 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 79 c, Fraktion der AfD
und
Frage Nr. 79 d, Fraktion der FDP

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 79 b, c und d würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 79 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 80 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 80 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 80 c, Fraktion der AfD
und
Frage Nr. 80 d, Fraktion der FDP

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 80 b, c und d würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 80 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 54021 – Dienstleistungen für die Förderprogramme der Städtebauförderung

Frage Nr. 81 a, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 81 b, Fraktion der AfD

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) erklärt, zu Frage Nr. 81 a und a werde man schriftlich berichten.

Titel 54610 – Sächliche Verwaltungsausgaben für Maßnahmen im Rahmen europäischer Netzwerke

Frage Nr. 82, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Dr. Sandra Obermeyer (SenSBW) [zugeschaltet] berichtet, man habe sich entschieden, das Thema „essbare Stadtlandschaften“ im Etat von SenSBW zu verorten. Man benutze dieses Programm vor allem auch im Kontext der Gemeinschaftsinitiative. Die Ansätze korrespondierten mit der von der EU zugesagten Förderung, und deshalb differiere dies auch.

Katalin Gennburg (LINKE) fragt, ob es bereits konkrete Projektplanungen gebe und wo man gegebenenfalls demnächst „essbare Stadtlandschaften“ antreffen werde.

Dr. Sandra Obermeyer (SenSBW) [zugeschaltet] erklärt, es gebe konkrete Projektplanungen z. B. im Bezirk Marzahn-Hellersdorf.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) ergänzt, man werde gerne eine Projektliste bereitstellen, soweit sie vorhanden sei.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die Frage insoweit mündlich beantwortet sei, aber mit der Projektliste dennoch ein schriftlicher Bericht anfalle.

Titel 67112 – Ersatz von Personalaufwendungen

Frage Nr. 83, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass hierzu schriftliche berichtet werde.

Titel 68240 – Zuschuss an die Wohnraumversorgung Berlin

Frage Nr. 84 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 84 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 84 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 84 b und c würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 84 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 68544 – Projekte der Freiwilligenarbeit

Frage Nr. 85 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 85 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 85 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 85 b und c würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 85 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Frage Nr. 86 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 86 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 86 c, Fraktion der AfD
und
Frage Nr. 86 d, Fraktion der FDP
und
Frage Nr. 86 e, Fraktion der FDP

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 86 b, c, d und e würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 86 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 89361 – Zuschüsse zur Förderung von Nationalen Projekten des Städtebaus

Frage Nr. 87 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 87 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 87 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 87 b und c würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 87 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 89362 – Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Programms Stadtumbau Ost

Frage Nr. 88 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und

Frage Nr. 88 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 88 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 88 b und c würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 88 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 89363 – Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Programms Stadtumbau West

Frage Nr. 89 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 89 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 89 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 89 b und c würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 89 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 89367 – Städtebauförderung "Sozialer Zusammenhalt"

Frage Nr. 90 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 90 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 90 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 90 b und c würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 90 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 89368 – Zuschüsse für die Zukunftsinitiative Stadtteil 2

Frage Nr. 91 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 91 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 91 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 91 b und c würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 91 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 89369 – Soziale Infrastrukturmaßnahmen in Quartieren außerhalb von Städtebaufördergebieten

Frage Nr. 92 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

und
Frage Nr. 92 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 92 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 92 b und c würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 90 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 89371 – Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen

Frage Nr. 93 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 93 b, Fraktion der CDU

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, Frage Nr. 93 b werde gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 93 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 89372 – Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Programms aktive Stadtzentren

Frage Nr. 94 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 94 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 94 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 94 b und c würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 94 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 89373 – Städtebauförderung Nachhaltige Erneuerung

Frage Nr. 95 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 95 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 95 c, Fraktion der AfD

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) erklärt, hierzu werde man schriftlich berichten.

Titel 89374 – Städtebauförderung Lebendige Zentren und Quartiere

Frage Nr. 96 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 96 b, Fraktion der CDU

und
Frage Nr. 96 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, die Fragen Nr. 96 b und c würden gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 96 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 89375 – Europa im Quartier

Frage Nr. 97 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 97 b, Fraktion der CDU

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, Frage Nr. 97 b werde gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 97 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Titel 89379 – Städtebauliche Einzelmaßnahmen

Frage Nr. 98, Fraktion der CDU

Dr. Sandra Obermeyer (SenSBW) [zugeschaltet] erläutert, dieser Titel werde auch genutzt, um die Anwendung von Rechtsinstrumenten der Städtebauförderung wie die Festlegung von Sanierungsgebieten oder Gebieten nach dem sozialen Erhaltungsrecht in den Bezirken zu unterstützen. Man könne damit auch außerhalb von festgelegten Gebietskulissen unterstützen, wobei es sich nur um wenige ausgewählte Einzelvorhaben handele. Man finanziere daraus u. a. Milieuschutzuntersuchungen oder das Monitoring zur Umwandlungsverordnung, aber auch Controlling und Datenmanagement, weil man das stadtweit begleite, oder vorbereitende Untersuchungen und nach Möglichkeit auch integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte.

Die Kosten für Aufgaben des sozialen Erhaltungsrechts in dem Ansatz könnten etwa ein Drittel ausmachen. Wenn Bezirke Aufgaben, die sie dort eigentlich zu finanzieren hätten, mal nicht übernehmen könnten – beispielsweise für gebietspezifische Untersuchungen –, könne man das auch aus diesem Titel finanzieren.

Dirk Stettner (CDU) bittet um einen schriftlichen Bericht dazu, was in 2020 finanziert worden sei und was 2022/2023 konkret finanziert werden solle.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) fragt nach, ob sich das speziell auf den Bereich des sozialen Erhaltungsrechts beziehe. – [Zuruf von Dirk Stettner (CDU)] –

Björn Matthias Jotzo (FDP) merkt an, es solle auch zum Jahr 2021 berichtet werden.

Vorsitzender Andreas Otto erklärt, offenbar gehe es um eine Aufschlüsselung oder Liste, was 2020 und 2021 bereits finanziert worden sei, sowie dazu, was 2022/2023 im Rahmen der Anwendung des sozialen Erhaltungsrechts finanziert werden solle. Es werde entsprechend schriftlich berichtet.

Titel 89380 – Zuschüsse zur Sicherung und Erhaltung historischer Stadtkerne

Frage Nr. 99 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 99 b, Fraktion der CDU

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, Frage Nr. 99 b werde gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 99 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet. Bei der Gelegenheit könnte auch die Anzahl der historischen Stadtkerne in Berlin mitgeteilt werden.

Titel 89383 – Zuschüsse für den Investitionspakt

Frage Nr. 100 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 100 b Fraktion der CDU

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, Frage Nr. 100 b werde gemeinsam mit dem zu Frage Nr. 100 a erbetenen schriftlichen Bericht beantwortet.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) bittet darum, das gesamte Kapitel 1240 zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Kapitel 1295 – Förderung des Wohnungsbaus

Katrin Schmidberger (GRÜNE) bittet darum, das gesamte Kapitel 1295 zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Titel 33102 – Zuweisungen des Bundes für Investitionen

Frage Nr. 133, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Dr. Sandra Obermeyer (SenSBW) [zugeschaltet] führt aus, dass man die Mittel vom Bund für die Wohnungsbauförderung ursprünglich als Kompensationsmittel bekommen habe – auch in der Unterteilung nach Ost und West –, wovon Berlin deutlich profitiert habe. Das sei seinerzeit nach dem Entflechtungsgesetz erfolgt. Nun erfolge die Förderung in anderer Weise, und Berlin bekomme Summen in der Aufteilung nach dem Königsteiner Schlüssel – etwa 5,2 Prozent von der Gesamtsumme, also von 1 Mrd. Euro, die der Bund aktuell zur Verfügung stelle. Es komme dann noch eine Klimaschutz-Milliarde hinzu. So ergebe sich ein Betrag von ca. 51 Mio. Euro, der in Jahresscheiben zur Verfügung gestellt werde. – Entscheidend für die Änderung der Ansätze sei, dass man keine Förderung mehr durch Kompensationsmittel, sondern auf dieser anderen Basis erhalte. Immerhin bekomme man Zuschüsse des Bundes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass Frage Nr. 133 mündlich beantwortet und damit erledigt sei. – Er erinnere aber daran, dass Titel 33102 zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Zu den Fragen Nr.134 a, b, c, Nr. 135, Nr. 136 a, b, c, Nr. 137 a, b, Nr. 138 a, b, c; Nr. 139 a, b, c, Nr. 141, Nr. 142 a, b, c und Nr. 143 a, b, c werde schriftlich berichtet.

Titel 88406 – Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin zum Ankauf von Belegungsrechten

Frage Nr. 133, Fraktion der SPD,

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Dr. Sandra Obermeyer (SenSBW) [zugeschaltet] erklärt, Titel 88406 sei leer, weil man für Belegungsbindungen jetzt die Klimaschutz-Milliarde des Bundes, die man in ein Förderprogramm gießen werde, nutzen könne. Die bislang in diesem Titel etatisierten Mittel habe man in der Vergangenheit leider nicht so zielführend einsetzen können, dass damit ein erfolgreiches Programm zum Ankauf und zur Verlängerung von Belegungsbindungen entstanden wäre.

Wenn man bedenke, wie man ansonsten Belegungsbindungen mit den Vorteilen für die Mieter generieren könne – über die Kooperationsvereinbarung mit den städtischen Wohnungsbauunternehmen oder über die Förderung des sozialen Wohnungsbaus –, mache es keinen Sinn, dieses Programm weiterzuführen, zumal man die Eigentümer-Zielgruppe, die man in den Blick genommen habe – Genossenschaften –, jetzt dafür nicht habe erreichen können.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass Frage Nr. 144 mündlich beantwortet und damit erledigt sei. – Er erinnere aber daran, dass Titel 33102 zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Zu den Fragen Nr. 145 a, b, c, Nr. 146 a, b, c und Nr. 147 a, b, c werde schriftlich berichtet.

Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Vorsitzender Andreas Otto hält fest, zu den Fragen Nr. 101 und Nr. 102 werde schriftlich berichtet.

Titelübergreifend – Investitionsvorhaben

Frage Nr. 103, Fraktion der SPD,

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] führt aus, im Bereich SIWANA sei man vor allem hinsichtlich der Flüchtlingsunterkünfte tätig, die zu über 60 Prozent daraus bezahlt worden seien. Auch die Mittel für die zentralen Sportanlagen und fast den gesamten

Kitabau, den man errichtet habe und noch errichte, kämen aus dem SIWANA. Manche Anteile im Schulbau bei dem Thema MEBs – z. B. HoMEBs – und die Unterkünfte für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gehörten zu den wichtigen Punkten, wo man im SIWANA tätig sei, die aber nicht in der Liste im Haushalt enthalten seien.

Vorsitzender Andreas Otto fragt nach, ob demnach das Genannte nicht im Haushalt zu finden sei, weil es im SIWANA abgebildet sei, aber alles andere im Haushalt aufgeführt sei.

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] bejaht dies.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass Frage Nr. 103 mündlich beantwortet und damit erledigt sei. Der Titel sei jedoch zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Allgemeine Erläuterung

Frage Nr. 104, Fraktion der AfD

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] teilt mit, im Doppelhaushalt 2022/2023 gebe es insgesamt nur fünf Neubeginner. Die beiden Maßnahmen der Kulturverwaltung – Deutsche Oper, erster Bauabschnitt des Masterplanes; Theater an der Parkaue, dritter Bauabschnitt – seien in der Priorität so hoch angesetzt, weil es sich um Maßnahmen im Bestand handele, die unbedingt durchgeführt werden müssten, da ansonsten ein Nutzungsausschluss drohe. Die drei übrigen Neubeginner gehörten in den Bereich der Wissenschaftsverwaltung: Der Neubau des Institutsgebäudes für Lebensmittelsicherheit und -hygiene an der FU habe mit Blick auf die alltägliche Gesundheit hohe Priorität. Das Gebäude Invalidenstraße der HU habe hohe Priorität, weil nach Sanierung und Bezug Miete entfalle. Des Weiteren sei die Nachnutzung der Berliner Flughäfen ein großes Thema; die Berliner Hochschule für Technik wolle in das Terminal A ziehen, und die vorgezogenen Maßnahmen – Schadstoffbeseitigung und Rückbau – hätten deshalb sehr hohe Priorität. 2023 solle damit begonnen werden.

Harald Laatsch (AfD) erklärt, damit sei die Frage aus seiner Sicht beantwortet.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass Frage Nr. 104 mündlich beantwortet und damit erledigt sei.

Titel 34201 – Zuschüsse für Investitionen

Frage Nr. 105, Fraktion der AfD

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] betont, dass es sich hierbei nicht um Finanzierungsbeteiligungen, sondern um Kostenbeteiligungen handele. Beim „Eintüten“ der Maßnahmen sei beschlossen worden, welche Anteile – in diesem Fall – die Hochschulen und Universitäten selbst bezahlten. Der Forschungsneubau IMoS bei der TU sei eine sogenannte 91b-Maßnahme, und der Bund zahle 50 Prozent der Kosten. Allerdings sei hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Maßnahme bzw. der Kosten vereinbart worden, dass sich bei einer Erhöhung die TU mit einem entsprechenden Anteil beteilige, und das sei der Grund für den relativ hohen Betrag an dieser Stelle. – Bei der Maßnahme TU-Fassade seien nachträglich Bedarfe hinsichtlich einer Dachbegrünung und anderer Aspekte hinzugekommen. Man habe

eine umfangreichere Brandschutzsanierung vornehmen müssen, die eigentlich bereits durch die TU hätte erfolgen sollen, und deswegen müsse die TU nun diese Anteile selbst bezahlen.

Vorsitzender Andreas Otto weist darauf hin, dass in der Titelerläuterung nicht von Kostenanteilen, sondern von Finanzierungsanteilen die Rede sei. – Es bestehe Einvernehmen, dass Frage Nr. 105 mündlich beantwortet und damit erledigt sei.

Titel 51900 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

Frage Nr. 106, Fraktion der AfD

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] führt aus, dass die Unterhaltung nach einer mittlerweile Jahrzehnte zurückliegenden Regelung grundsätzlich bei der BIM und nicht mehr bei der Bauverwaltung liege. Dennoch werde man bestimmte Reste nicht los. Diese würden aufgrund eines zweiten Verwaltungsreformgesetzes durch die Bezirke erledigt; es handle sich dabei um das Landesamt für Mess- und Eichwesen, das Frauenhaus Bora, das Jagdschloss Glienicke und das FEZ. Das Frauenhaus in Spandau werde durch die BIM und der Botanische Garten durch die Bauabteilungen der FU erledigt. Bei all diesen Liegenschaften gebe es keine gravierenden Substanzschäden und deshalb auch keine Prioritätenliste. Die Baumittel würden zu Anfang des Jahres an die Genannten übertragen, damit sie diese Bauunterhaltung durchführen könnten.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass Frage Nr. 106 mündlich beantwortet und damit erledigt sei.

Titel 52113 – Unterhaltung der Denkmale

Frage Nr. 107 a, Fraktion der CDU

und

Frage Nr. 107 b, Fraktion der AfD

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] berichtet, der Sockel des Thälmann-Denkmal weise Rostschäden auf, die behoben werden müssten. Die Planung für die Sanierung solle 2022 ausgeschrieben werden, und 2023 sollten diese Arbeiten durchgeführt werden. – Zur Erstellung von Hausteinkopien für Marmorskulpturen der Generäle Bülow und von Scharnhorst: Die betreffende Entscheidung habe das Landesdenkmalamt getroffen. Die Marmorskulpturen seien sehr empfindlich und mit Blick auf die Emissionsbelastungen 2021 abgebaut und in der Zitadelle Spandau eingelagert worden, wo sie jetzt betrachtet werden könnten. Am früheren Standort würden für diese beiden Skulpturen Hausteinkopien aufgestellt.

Johannes Kraft (CDU) merkt an, die Frage, welche Mittel für die Restaurierung des Thälmann-Denkmal in der Vergangenheit verausgabt worden seien, sei noch offen.

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] erklärt, dafür seien 7 350 Euro aufgewendet worden – für Voruntersuchungen.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass die Fragen Nr. 107 a und b mündlich beantwortet und damit erledigt seien.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 108 a, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 108 b, Fraktion der AfD

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] teilt hinsichtlich der für Nr. 3 erbetenen Aufschlüsselung der externen Dienstleister mit, dass man enorme Schwierigkeiten habe, Personal und hier insbesondere Techniker einzustellen, und sich deshalb mit Honorarkräften behelfe, die das Projektmanagement unterstützten. Diese leisteten die betreffenden Arbeiten, wobei sie keine Zahlungen auslösen dürften.

Harald Laatsch (AfD) bittet um einen schriftlichen Bericht.

Stefan Evers (CDU) bittet um eine schriftliche Auflistung der betreffenden Dienstleister.

Titel 54040 – Bauvorbereitungsmittel

Frage Nr. 109 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 109 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 109 c, Fraktion der AfD

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) erklärt, hierzu werde man schriftlich berichten.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

Frage Nr. 110, Fraktion der AfD

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] verweist auf eine Vereinbarung mit der BVG aus dem Jahr 2004, wonach die BVG der Senatsverwaltung Dienstkräfte zur Verfügung stelle, die im Fahrdienst aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr eingesetzt werden könnten. In den BAK seien bestimmte Aufgaben enthalten, die man mit eigenen Kräften nicht erfüllen könne. Im vorliegenden Fall gehe es um eine Person, die Serviceleistungen – Posteingänge, Lagerung, Belieferung von Arbeitsmaterial, leichte und mittelschwere Transportarbeiten etc. – für die Senatsverwaltung erbringe.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) merkt an, hier würde also dienstunfähiges Personal der BVG für sinnvolle Zwecke eingesetzt, und dafür gebe es einen Ausgabenersatz.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass Frage Nr. 110 mündlich beantwortet und damit erledigt sei.

Hochbau – Übersicht

Frage Nr. 111, Fraktion der AfD

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] weist darauf hin, dass er die Prioritäten bei den als neu gekennzeichneten Hochbauprojekten bereits an anderer Stelle kurz erläutert habe. – Zu den Baukostensteigerungen: Die Maßnahmen würden veranschlagt mit den Kosten zum Zeitpunkt der Veranschlagung und so im Haushalt aufgeführt. Man berichte zwar mitunter über perspektivische Entwicklungen, aber Prognosen oder Spekulationen könne man in den Haushalt nicht einstellen. Wenn es zu Baukostensteigerungen komme, müsse man Ergänzungsunterlagen aufstellen, und darüber werde dann vom Hauptausschuss bzw. von SenFin entschieden. Materialengpässe seien gegenwärtig nicht absehbar und Aussagen über entsprechende Kostensteigerungen insofern nicht möglich.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass Frage Nr. 111 mündlich beantwortet und damit erledigt sei.

Titel 70100 – Sanierung und Modernisierung des Olympiaparks

Frage Nr. 112, Fraktion der AfD

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] führt aus, in den Erläuterungen zum Haushaltsplan seien die in Bearbeitung befindlichen Maßnahmen aufgelistet – im Unterkonto 104 die Sanierung der Treppen der Waldbühne, im Unterkonto 105 die Errichtung der Dauerstellungsfläche für das Sportmuseum, im Unterkonto 108 der Neubau des Betriebshofes, 1. Bauabschnitt – dieser sei fertig, aber dort gehe es noch um die Abrechnung – und im Unterkonto 110 die Abdichtung des nördlichen, südlichen und westlichen Gebäudeteils der Mai-feldtribüne. Da man eine große Transparenz bei der Veranschlagung anstrebe, sei diese dem Denkmalschutz und der Bausubstanz geschuldete Maßnahme vom Sportmuseum gewissermaßen getrennt, um klarzustellen, ob das Museum oder das Gebäude die Kosten verursache. Im Unterkonto 112 sei dann noch der Neubau einer Typensporthalle, 2. Bauabschnitt enthalten.

Zum Olympia-Schwimmbad: Gegenwärtig arbeite man an einem 2. Bauabschnitt mit der Vorbereitung eines Bedarfsprogramms für die Sanierung der Tribünengebäude. Nach der besonders schwierigen Abstimmung mit dem Landesdenkmalamt und der Sportverwaltung als Nutzer sei nun vorgesehen, diese Gebäude, da die Tribünen bzw. die dortigen 6 000 Plätze nicht mehr benötigt würden, als Lookalike zu sanieren; sie sähen also aus wie eine Tribünenanlage, hätten aber diese Funktion nicht mehr. Wenn man die Tribünenanlage als Tribüne sanieren wollte, müsste diese nicht nur denkmalgerecht, sondern auch – mit enormen Kosten – barrierefrei saniert werden. Da die Tribünen als solche nicht mehr erforderlich seien, wäre das kurios.

Harald Laatsch (AfD) fragt nach, warum die Verpflichtungsermächtigungen in 2021 nicht in Anspruch genommen worden seien.

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] erklärt, wegen der kleinteiligen Auftragsvergabe sei dies nicht erforderlich gewesen.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass Frage Nr. 112 mündlich beantwortet und damit erledigt sei.

Titel 70127 Neubau Feuerwache Pankow

Frage Nr. 113, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) sagt die Übermittlung des Energieausweises zu.

**Titel 70141 – Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung, -
1. Bauabschnitt - (Abriss des alten Stadions und Herrichtung von Sportanlagen)**

Frage Nr. 114 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 114 b, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, hierzu werde schriftlich berichtet.

**Titel 70143 – Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark Sanierung und Modernisierung
- 2. Bauabschnitt - (Neubau des Stadions)**

Frage Nr. 115, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, hierzu werde schriftlich berichtet.

**Titel 70160 – Polizei und Feuerwehr; Neubau einer Kooperativen Leitstelle auf dem
Gelände Gallwitzallee; Feuerwehrleitstelle Nikolaus-Groß-Weg, Errichtung eines
Erweiterungsbaus und Sanierung des Bestandsgebäudes**

Frage Nr. 116, Fraktion der AfD

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] merkt hinsichtlich der Baudauer bis 2029 an, dass es sich um drei Bauabschnitte handle. Zeitgleich wolle man den ersten – Neubau in der Gallwitzallee – und den zweiten Bauabschnitt – Neubau am Nikolaus-Groß-Weg – bauen, und im Anschluss – 2026 – sei der dritte Bauabschnitt – die Sanierung der vorhandenen Leitstelle am Nikolaus-Groß-Weg – an der Reihe, mit dem man erst beginnen könne, wenn die anderen beiden Leitstellen in Betrieb seien, da man ansonsten keine hätte.

Der Hinweis auf die inflationsbedingt „davonlaufenden“ Baukosten sei berechtigt, aber das könne man nicht ändern.

Zur Beschleunigung und Eingrenzung der Kosten durch Einbindung von Generalplanern bzw. Generalübernehmern: Man habe momentan bei diesem Projekt wieder einen Generalplaner, nachdem man den ersten Generalplaner habe kündigen müssen. Generalplaner seien nicht

immer – aber doch sehr häufig – die Garantie für schnelles Bauen. – Die Leitstellentechnik werde von einem Generalübernehmer komplett eingebaut, und man überlege, ob man größere Vergabepakete schnüre – für einen erweiterten Rohbau oder für bestimmte, eng miteinander verzahnte Technik. Hierbei handele es sich aber um noch nicht abgeschlossene Überlegungen, denn zu Recht werde auf die großen Gesamtbaukosten verwiesen, und bei den Vergabepaketen käme es dann zu Volumen von 50 Mio Euro, sodass sich die Frage stelle, ob es dafür überhaupt einen Markt gebe. Das Thema der Vergabepakete bzw. Vergabearten diskutiere man also gegenwärtig noch.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass Frage Nr. 116 mündlich beantwortet und damit erledigt sei.

Titel 70169 – Neubau Berufsfeuerwache Hohenschönhausen

Frage Nr. 117, Fraktion der CDU

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] berichtet, Baubeginn sei am 24.01.22 gewesen, die Beräumung des Grundstücks und die Dekontaminierung – Stichwort: Altlasten – erfolge seit dem 01.03.22, die Erdarbeiten begännen im Mai 2022, der Rohbau solle zwischen Juni und Dezember 2022 und der Ausbau von Januar bis Juni 2023 stattfinden, die Außenanlagen sollten bis August 2023 hergestellt sein, und im Herbst 2023 werde man den Neubau hoffentlich übergeben können.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass Frage Nr. 117 mündlich beantwortet und damit erledigt sei.

Titel 71403 – Herrichtung und Ausrüstung von Sportstätten im Zusammenhang mit der Leichtathletik-EM 2018

Frage Nr. 118, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] betont, dass es hierbei lediglich um eine Restsumme im Zusammenhang mit der Leichtathletik-EM 2018 gehe. Was solle man hierzu näher berichten?

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) erklärt, man würde rückwirkend berichten, was man für die Leichtathletik-EM 2018 angestoßen habe und wie jetzt die Abrechnung laufe. Dort werde nichts Neues realisiert, sondern es gehe nur um die Abrechnung.

Vorsitzender Andreas Otto vermutet, dass sich ein Tippfehler eingeschlichen habe. In der Frage: „Welche Maßnahmen für die Barrierefreiheit und Inklusion werden bei den einzelnen Vorhaben realisiert?“ sei das Wort „werden“ wohl durch „wurden“ zu ersetzen. – Hierzu höre er Zustimmung. Zu der so geänderten Frage solle ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden.

Titel 70122 – Bauhausarchiv, Erweiterungsbau sowie Sanierung und Funktionsanpassung Bestandsgebäude

Frage Nr. 119, Fraktion der AfD

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] hebt hervor, dass mit dieser Baumaßnahme ein Wettbewerbsergebnis umgesetzt werde und Stararchitekten am Werk seien. Das Museum werde in den Neubau „eingegraben“ und zudem in einem aufwendigen Verfahren ein Turm errichtet; allein die Trogbaugrube für dieses Eingraben habe 8 Mio. Euro gekostet. Zudem habe die Rohbauausschreibung wegen einer Vergaberüge aufgehoben werden müssen; der Neubau sei jetzt ausgeschrieben, aber insgesamt habe dies zu Mehrkosten geführt, und durch die Verschiebung der Baumaßnahme werde es auch indexbedingt Kostensteigerungen geben. Diese versuche man jetzt im Rahmen einer Ergänzungsunterlage abzubilden. – Erfreulicherweise beteilige sich der Bund auch hälftig an den Mehrkosten. Im Übrigen könne man auch die Hoffnung haben, dass ein bedeutendes Bauwerk entstehen werde.

Dr. Matthias Kollatz (SPD) fragt, wann diese Baumaßnahme fertiggestellt sein werde bzw. zu welchem Verzug es komme.

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] erklärt, die Baumaßnahme werde mit viel Glück Ende 2024 beendet sein. Man habe sich gefreut, dass zum 100-jährigen Jubiläum des Bauhauses quasi der erste Spatenstich erfolgt sei.

Dr. Matthias Kollatz (SPD) merkt an, dass das Gebäude zum 100-jährigen Bauhausjubiläum 2019 fertiggestellt sein sollte. Das sage einiges zum Thema Starplanung.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass Frage Nr. 119 mündlich beantwortet und damit erledigt sei.

Titel 70120 – FU, Grundsanieerung des Instituts für Chemie, 2. Bauabschnitt

Frage Nr. 120, Fraktion der AfD

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] führt aus, es gehe um ein Laborgebäude der 70er-Jahre, das sehr stark asbestverseucht gewesen sei. Dies saniere man unter laufendem Betrieb; es sei dabei hälftig in Betrieb. Man habe zudem vorgezogene Maßnahmen durchführen müssen, um das technisch sicherzustellen. Des Weiteren sei ein Laborcontainergebäude in Betrieb, damit die FU ihren Lehrverpflichtungen nachkommen könne. – Bei nahezu jeder Vergabe erlebe man enorme Kostensteigerungen, vor allem im Bereich der Fachtechnik – d. h. der haustechnischen Gewerke mit ihren Edelstahlanteilen etc. Das seien Summen von teils 20 Mio. Euro über Budget, die diese Kostenentwicklung ausmachten. Wenn man vorhandene Bausubstanz sanieren und den neuen Nutzungen zuführen wolle, werde das immer eine anspruchsvollere Aufgabe sein als ein Neubau, und es werde immer schwieriger sein, das kostenmäßig zu kalkulieren.

Die VE in Höhe von 20 Mio. Euro für 2023 sei wegen einer Doppelveranschlagung der VE zulasten des Haushaltsjahres 2024 und 2025 gesperrt. Dies könne er jetzt nicht weiter erklären, sondern nur als technischen Begriff übermitteln.

Michael Réthy (SenSBW) teilt hierzu mit, dass für gewöhnlich die VE in zwei Jahren veranschlagt werde, um sicher zu gehen, dass man, falls die Aufträge im ersten Plan nicht beauftragt werden könnten, nicht wegen fehlender VE im zweiten Plan die Aufträge nicht erteilen könne. Falls sich die Auftragserteilung verzögere, habe man also in jedem Fall diese VE.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) präzisiert, dass diese erste VE gesperrt sei, damit sie nicht anderweitig verwendet werde.

Katalin Gennburg (LINKE) bittet hierzu um einen schriftlichen Bericht.

Titel 70401 – HU, Umbau des Gebäudes Invalidenstraße 110 für die Philologischen Institute und die Zentraleinrichtung Sprachenzentrum

Frage Nr. 121, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass SenSBW den geforderten Energieausweis schriftlich übermitteln werde.

Titel 71005 – 04B05, Anna-Freud-Schule – OSZ Sozialwesen: 2. Bauabschnitt (Neubau); 13627, Halemweg 24

Frage Nr. 122, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] teilt mit, dass zu diesem Neubauvorhaben keine Lebenszyklusanalyse vorliege.

Vorsitzender Andreas Otto fragt nach, ob es für andere Neubauvorhaben eine solche Lebenszyklusanalyse gebe.

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] bejaht dies; es hänge davon ab, wann jeweils mit den Planungen begonnen worden sei. Bei den neuen, nach BNB zertifizierten Schulbaumaßnahmen in Kapitel 2712 gehöre eine solche Analyse teilweise zur Zertifizierung dazu.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass Frage Nr. 122 mündlich beantwortet und damit erledigt sei.

Titel 70182 – Modulare Gebäude zur Unterbringung von Asylbegehrenden

Frage Nr. 123, Fraktion der CDU

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] berichtet, das letzte der insgesamt 17 MUF sei am 02.12.21 übergeben worden, und der Haushalt 2022/2023 enthalte nur noch die Restmittel zur Abrechnung. Der Ansatz 2022 sei auch noch zum Teil für den Entwässerungsbau am Töpchiner Weg bestimmt; die Berliner Wasserbetriebe würden hoffentlich in diesem Jahr damit beginnen. – Die große Zahl von Flüchtlingen aus der Ukraine werde man sicher-

lich nicht damit unterbringen können, dass man in den nächsten drei Jahren weitere modulare Gebäude baue. Zum einen gebe es dafür fast gar keine Grundstücke mehr, und vor allem könne man angesichts der Bauzeit das aktuelle Problem so nicht lösen.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) erklärt, dass man dann, wenn der Bund alle Teile des bereits 2015/16 angewendeten Beschleunigungsrechts im Baugesetzbuch aktiviere, selbstverständlich betrachten werde, welche Beschleunigungen man für Wohnungsbauvorhaben nutzen könne. Das MUF-Programm laufe allerdings aus, sodass man entscheiden müsste, ob man es neu aufsetzen wolle. Dafür gebe es noch keine veranschlagungsfähigen Grundlagen.

Dirk Stettner (CDU) bittet hierzu um einen schriftlichen Bericht. – Es seien offensichtlich keine Mittel für das Wiederherrichten bzw. den erneuten Anschluss von Anlagen vorgesehen, die zwischenzeitlich nicht mehr genutzt worden seien.

Vorsitzender Andreas Otto bittet darum, die Fragestellung für diesen Bericht zu präzisieren.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) weist darauf hin, dass man derzeit über das Kapitel Hochbau berate. Die Betriebskosten für diese Unterkünfte würden im Einzelplan 11 nachgewiesen und müssten dort erfragt werden. Auch für konkrete Fragen zu einzelnen Standorten sei in der Regel SenIAS der geeignetere Ansprechpartner. SenSBW betreibe nur einen Teil der MUF; diese seien alle betriebsfähig und ausgestattet, und es seien keine Maßnahmen über das hinaus erforderlich, was veranschlagt sei.

Dirk Stettner (CDU) erklärt, er verzichte auf einen schriftlichen Bericht; es genüge, den Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Vorsitzender Andreas Otto fragt, was mit der Nutzungsdauer von 50 Jahren konkret gemeint sei. Fielen die Gebäude danach zusammen? Wie sei diese Angabe ermittelt worden?

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] erklärt, die Angabe „50 Jahre“ ergebe sich aus der Abschreibungsberechnung der Immobilienwirtschaft. Man könne aber davon ausgehen, dass die Gebäude 100 Jahre und gerade in Berlin noch länger hielten.

Vorsitzender Andreas Otto hält fest, es handle sich demnach nicht um eine technische Kategorie, sondern es sei einfach die lineare Abschreibung von 2 Prozent zugrunde gelegt worden. – Stellt Einvernehmen fest, dass Frage Nr. 123 mündlich beantwortet und insoweit erledigt sei. Titel 70182 sei aber zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 70182 – Modulare Gebäude zur Unterbringung von Asylbegehrenden (MG 11)

Frage Nr. 124, Fraktion der AfD

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] erklärt, die MUF 1.0 hätten, wenn man die Bauwerkskosten – BWK – betrachte, ca. 1 650 Euro pro qm² BGF und die MUF 2.0 ca. 1 850 Euro gekostet. Ursache sei, dass in der Zwischenzeit die Preise angestiegen seien und die MUF 2.0 eine Apartmentstruktur aufwiesen – im Unterschied zu einer Gemeinschaftsun-

terbringung mit dem Aspekt der sanitären Anlagen. – Das Ist 2021 betrage 18 153 685 Euro – bezogen auf diesen Titel; aus SIWANA seien auch noch MUF gebaut worden.

Vorsitzender Andreas Otto weist darauf hin, dass das Ist des Vorjahres auch aus den Ist-Listen zu entnehmen sei.

Harald Laatsch (AfD) bittet um einen schriftlichen Bericht; eine Präzisierung der Fragen reiche man nach.

div.

Frage Nr. 125, Fraktion der CDU

Dirk Stettner (CDU) bittet um Weiterleitung der Antworten auf Berichtsaufträge der CDU-Fraktion im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung betreffend Hochbaumaßnahmen von SenInnDS; damit wolle man eine Doppelung der Berichte vermeiden.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, so zu verfahren.

[Lüftungspause von 13.06 bis 13.28 Uhr]

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

Kapitel 2712 – Aufwendungen der Bezirke - Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -

Titelübergreifend – 7er Titel

Frage Nr. 148, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass SenSBW hierzu schriftlich berichten werde.

Titelübergreifend – 7er Titel

Frage Nr. 149, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass SenSBW hierzu schriftlich berichten werde.

Titelübergreifend – 7er Titel

Frage Nr. 150, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] erklärt, hierbei gehe es um die Europacity, Wasserstadt Berlin-Oberhavel, den ehemaligen Güterbahnhof Köpenick, Lichterfelde-Süd und das Schumacher-Quartier – bei letzterem würde allerdings über die HOWOGE gebaut. Man baue in diesen Quartieren im Rahmen der BSO Schulen. In der Europacity sei die

Europacity-Schule zum Jahresende fertiggestellt worden. Es bestehe eine Arbeitsteilung zwischen SenSBW – man baue in Amtshilfe für die Bezirke die Grundschulen – und der HOWOGE, die in der BSO die weiterführenden Schulen – ISS – baue.

Julian Schwarze (GRÜNE) bittet um einen schriftlichen Bericht.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) folgert, demnach solle man offenbar auch berichten, was in den einzelnen Quartieren jeweils gebaut werden solle.

Vorsitzender Andreas Otto merkt an, dabei sollte auch betrachtet werden, wie hoch der Anteil dessen sei, was nicht nur für das Quartier, sondern darüber hinausreichend gebaut werde.

Titelübergreifend – 7er Titel

Frage Nr. 151, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] berichtet, das wichtigste Tool beim Controlling der Schulbaumaßnahmen sei die betreffende Taskforce auf politischer Ebene – mit einer Steuergruppe. SenSBW, die Bezirke und die HOWOGE reporteten regelmäßig an diese Steuergruppe. Darüber hinaus gebe es regelmäßig interne Jour fixe, in denen dann Bericht erstattet werde.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) ergänzt, darüber hinaus gebe es auch noch den halbjährlichen Bericht an das Abgeordnetenhaus.

Vorsitzender Andreas Otto fragt nach, welche Senatsverwaltungen und Bezirke in der politischen Taskforce vertreten seien. Um wie viele Vertreter handle es sich insgesamt?

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] teilt mit, dass dort SenBJF – federführend –, SenSBW, SenUMVK, die Sportverwaltung und SenFin sowie regelmäßig vier Bezirke vertreten seien; Letzteres gehe wohl nach politischen Farben.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass Frage Nr. 151 mündlich beantwortet und damit erledigt sei.

Titelübergreifend – 7er Titel

Frage Nr. 152, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] erklärt, man habe in der BSO 5A – das seien die künftigen Holzcompartmentschulen – die ISS in der Bismarckstraße und die ISS in Karlshorst, die aus SIWA-Mitteln gebaut werden sollten. Aktuell handele es sich bei den Holzmodul-Ergänzungsbauten um die Alt-Schmargendorf-Grundschule, die Grundschule am Königsgraben, die Grundschule an der Bäke, die Sternberg-Grundschule, die Grundschule am Schleipfuhl und die Till-Eulenspiegel-Grundschule. Bei den Typensporthallen sei im Moment noch die Columbus-Grundschule im Bau.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) sagt zu, dass man diese noch nicht abgeschlossene Auflistung schriftlich vorlegen werde.

Titelübergreifend – 7er Titel

Frage Nr. 153, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass zu dieser Frage schriftlich berichtet werde.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 154, Fraktion der AfD

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] erklärt, hier verhalte es sich ähnlich, wie er es bereits bei dem analogen Titel in Kapitel 1250 ausgeführt habe. Durch externe Dienstleister erhalte man eine Hilfe bei den Baumaßnahmen, weil man die entsprechenden Stellen nicht habe besetzen können, da Fachkräfte fehlten.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass Frage Nr. 154 mündlich beantwortet und damit erledigt sei.

Titel 54040 – Bauvorbereitungsmittel

Frage Nr. 155, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass zu dieser Frage schriftlich berichtet werde.

Titel 70100 – Neue Schulen Programm

Frage Nr. 156 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Nr. 156 b, Fraktion der CDU

Vorsitzender Andreas Otto fragt, ob es auch ein „Alte Schulen“-Programm gebe.

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] erklärt, das wären dann die alten MOBS. Man versuche, die BSO-Tranchen in entsprechenden Sammeliteln unterzubringen. Im Sammelitel „Neue Schulen Programm“ fänden sich die drei- und vierzügigen Grundschulen der BSO 2 und 4. Insgesamt handele es sich um 17 dreizügige und zwölf vierzügige Grundschulen.

Zur Frage der CDU-Fraktion: Im Jahr 2022 werde noch keine dieser Schulen fertiggestellt. Im Jahr 2023 und 2024 würden jeweils 1 728 Schulplätze in dreizügigen Grundschulen und 2 304 Schulplätze in vierzügigen Grundschulen fertig. Im Jahr 2025 würden 864 Schulplätze in dreizügigen Grundschulen und 576 Schulplätze in vierzügigen Grundschulen fertig.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass SenSBW zu Titel 70100 dennoch einen schriftlichen Bericht vorlegen werde.

Dirk Stettner (CDU) bittet darum, in dem Bericht zu den einzelnen Grundschulneubauten auch einen groben Zeitplan vorzulegen.

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] sagt dies zu.

Titel 70101 – Sporthallen Neubau-Programm

Frage Nr. 157, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass zu dieser Frage schriftlich berichtet werde.

Titel 70102 – Schulen, Typenentwurf und Standortplanung MEB

Frage Nr. 158, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] verweist auf die veränderte Haushaltslage. Dennoch sei es gemeinsam mit SenFin gelungen, die Mindestmengen, die man bei diesen Maßnahmen in Verträgen geregelt habe, durch die Ansätze und die VE sicherzustellen.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass Frage Nr. 158 mündlich beantwortet und damit erledigt sei. Der Titel werde aber zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 70103 – Sporthallen, Typenentwurf

Frage Nr. 159, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] teilt mit, für die niedrigeren Ansätze gelte die gleiche Erklärung, wie er sie zu Titel 70102 gegeben habe.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass Frage Nr. 159 mündlich beantwortet und damit erledigt sei. Der Titel werde ebenfalls zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 70104 – Errichtung von Schulergänzungsbauten in Modulbauweise (MEB)

Frage Nr. 160 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 160 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 160 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass hierzu ein schriftlicher Bericht erfolge. Welche Bauten unter diesem Titel seien Holzbauten?

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] erklärt, in diesem Titel seien alle MEB enthalten: die Holzbauten – HoMEB –, die sogenannten Klassik-MEB – in konventioneller Bauweise – und die MEB für die geistige Entwicklung, die Inklusions-MEB.

Vorsitzender Andreas Otto bittet darum, in dem schriftlichen Bericht auch die jeweiligen Anteile dieser verschiedenen Arten von MEB zu beziffern.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) sagt dies zu.

Titel 70105 – Neue Holzmodulschulen Programm

Frage Nr. 161 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 161 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 161 c, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass hierzu ein schriftlicher Bericht erfolge.

Dirk Stettner (CDU) erklärt, der Bericht solle auch die neuen Standorte benennen bzw. angeben, wann diese festständen.

Titel 70201 – Großsanierung von Schulgebäuden (BSO VI)

Frage Nr. 162, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] erklärt, der fehlende bzw. geringe Ansatz für 2022 bzw. 2023 liege an der Prioritätensetzung der Bildungsverwaltung und der Komplexität dieser Aufgaben. Da man auch Bauvorbereitungsmittel habe, werde man aus dem Titel selbst nichts bezahlen müssen, und deswegen seien die Ansätze entsprechend gering. Der Ansatz für 2023 sei enthalten, damit man nach wie vor Bauvorbereitungsmittel ziehen könne.

Vorsitzender Andreas Otto fragt, ob demnach die Großsanierung jetzt zunächst einmal keine Priorität mehr habe.

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] weist darauf hin, dass die Bildungsverwaltung die Prioritäten setze. Demnach habe die Schaffung neuer Schulplätze höchste Priorität, und die zweite Priorität liege bei der Großsanierung von Schulgebäuden, denn diese schaffe keine neuen Schulplätze.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) merkt an, die normalen Sanierungsarbeiten liefen über die Bezirke und die Bezirkshaushalte. Bei diesem Titel gehe es um Spezialprojekte, die von der Landesebene geführt würden. Die angeführte Prioritätensetzung bedeute nicht, dass in den Schulen keine Sanierungen mehr stattfänden.

Vorsitzender Andreas Otto erklärt, dass die Bezirke nur die kleinen Maßnahmen übernehmen und somit große Sanierungsmaßnahmen entfielen.

Hermann-Josef Pohlmann (SenSBW) [zugeschaltet] betont, dass man selbstverständlich weiterhin große Sanierungsmaßnahmen vornehme, diese aber gegenüber Neubaumaßnahmen geringere Priorität hätten. Für die großen Sanierungsmaßnahmen habe man die Zielplanung abgeschlossen und sei kurz davor, die Bedarfsprogramme abzuschließen. Man starte dann mit den VgV-Verfahren, um Freiberufler zu beauftragen. Die Sanierung eines Bestandsgebäudes mit Umzügen und Bauabschnittsbildungen benötige längere Zeit, und weil man sich in der Planungsphase befinde, enthalte der vorliegende Doppelhaushalt auch nur diesen geringen Ansatz dafür.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass Frage Nr. 162 mündlich beantwortet und damit erledigt sei. Der Titel werde allerdings zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 70600 – Modellvorhaben zur Beschleunigung von Schulneubauten (MOBS)

Frage Nr. 163 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 163 b, Fraktion der CDU
und
Frage Nr. 163 c, Fraktion der AfD

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) erklärt, hierzu werde man schriftlich berichten.

Titel 70601 – Schulsporthallen Schnellbau

Frage Nr. 164, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) erklärt, die Frage, warum die Ansätze deutlich unter dem Ist 2020 und dem Ansatz 2021 lägen, sei analog zu den Fragen Nr. 158, 159 und 162 zu beantworten.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass Frage Nr. 164 mit dieser mündlichen Beantwortung erledigt sei. Der Titel sei aber zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 72004 – Umgestaltung von Stadtplätzen

Frage Nr. 165 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke
und
Frage Nr. 165 b, Fraktion der AfD

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass hierzu schriftlich berichtet werden solle.

Titel 97109 – Mehrausgaben zur Beschleunigung des Wohnungsneubaus und für weitere wohnungspolitische Maßnahmen

Frage Nr. 166, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Vorsitzender Andreas Otto fragt, warum dieser Titel in diesem Kapitel enthalten sei.

Grit Schade (SenSBW) erklärt, bei diesem Titel gehe es um eine Unterstützung der Bezirke auf Basis eines Bündnisses, das man mit den Bezirken abschließen wolle. Bereits in der vorigen Legislaturperiode habe man in einem solchen Bündnis Genehmigungszahlen und Meilensteine für bestimmte Projekte verabredet, und das solle nun neu vereinbart werden. In diesem Jahr habe man das zu finalisieren und eine neue Basis für die Mittel zu schaffen, die den Bezirken dann zur Verfügung gestellt würden. Diese Mittel würden den Bezirken im Rahmen der Basiskorrektur als nachträglich erhöhte Zuweisungen gegeben.

Bis zum Abschluss des neuen Bündnisses würden die Gelder nach der Methode des alten Bündnisses vergeben. Diese Mittel ständen zur Verfügung und würden für die Unterstützung des Wohnungsneubaus und zur Beschleunigung der Schaffung von Baurecht dringend benötigt. Deshalb sei dies haushalterisch in Kapitel 2712/ Titel 97109 etatisiert.

Vorsitzender Andreas Otto fragt, warum dies nicht in Kapitel 1240 etatisiert werden könne.

Michael Réthy (SenSBW) führt aus, ehemals sei es in Kapitel 1240 und im Vorentwurf zum Haushalt vom Sommer 2021 in Kapitel 1210 aufgenommen worden. Es handle sich um Mittel, die den Bezirken zur Verfügung gestellt würden, und deshalb sei mit SenFin festgestellt worden, dass sie im Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke – richtig angesiedelt seien; die Mittel würden ausschließlich von den Bezirken verwendet. – Die Mittel seien dort nur enthalten, um gesperrt zu werden, und sie würden dann im Rahmen der Basiskorrektur den Bezirken zur Verfügung gestellt; ein Mittelabfluss erfolge an der Stelle also nicht und könne dort auch nicht erfolgen.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) fragt, wann mit dem Abschluss des neuen Bündnisses zu rechnen sei. Das bisherige Bündnis habe den Bezirken relativ viel Flexibilität gegeben und sich nicht nur auf den Neubau, sondern auch auf wohnungspolitische Maßnahmen bezogen. Sei dies auch künftig so vorgesehen? Was sei konkret geplant?

Grit Schade (SenSBW) teilt mit, jedem Bezirk solle in 2022 und 2023 bedarfsgerecht ein Sockelbetrag von jeweils 100 000 Euro zur Verfügung gestellt werden, und darüber hinaus würden die Mittel prozentual nach den Wohnungsbaupotenzialen und den Einwohnerzahlen an die Bezirke vergeben. Die Mittel würden zweckgebunden vorrangig für den Neubau eingesetzt, weil dieser gegenwärtig im Fokus stehe und man dringend 20 000 Wohnungen pro Jahr realisieren wolle – gemeinsam mit den Bezirken.

Konkret gehe es z. B. um die Beauftragung von Planungsbüros für die Begleitung von Bebauungsplänen, die Erarbeitung von städtebaulichen Konzepten, Fachgutachten, die Durchführung von Wettbewerben, Machbarkeitsstudien etc. Berücksichtigt würden auch Folgebedarfe sozialer Infrastruktur, und alles, was bei einer integrierten Planung benötigt würde wie Ver-

kehrskonzepte, Rahmenpläne etc. könnte damit finanziert werden. Die Mittel sollten flexibel eingesetzt werden, wie es die Vorrednerin erläutert habe und die Bezirke es seit geraumer Zeit handhabten. So werde es voraussichtlich auch im neuen Bündnis bleiben. Ziel sei es, im zweiten Halbjahr diese Bündnisse mit den Bezirken abzuschließen. Zunächst solle es im Juni 2022 zu den Bündnissen mit den privaten Akteuren, Genossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften kommen.

Katalin Gennburg (LINKE) hebt hervor, dass z. B. Gutachten nicht erstellt würden, massiv nach § 34 BauGB gebaut werde und die Bürgerbeteiligung ausbleibe. Wie wolle man hierbei Theorie und Praxis zusammenbringen?

Katrin Schmidberger (GRÜNE) bittet um eine Auflistung, für welche Maßnahmen bisher die Bezirke Mittel erhalten hätten und wie das in Zukunft ausgestaltet sein solle.

Vorsitzender Andreas Otto stellt Einvernehmen fest, dass SenSBW schriftlich berichten werde.

Kapitel 1260 – Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht –

Frage Nr. 126, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Welcher Grund für Bildung einer neuen Abteilung/ Kapitel 1260? Zielstellung der Neustrukturierung

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) merkt an, die Neugliederung habe in der letzten Legislaturperiode erfolgt.

Michael Réthy (SenSBW) erklärt, er habe die Abteilung als Abteilungsleiter übernommen, und es sei eine Reaktivierung einer alten Abteilung VI, die es bis 2014 gegeben habe und Sparbemühungen zum Opfer gefallen sei. Zum 1. September 2021 habe es eine Umstrukturierung bei SenSBW gegeben, um kurzfristig Kapazitäten für den Mietendeckel zu schaffen. Dies sei zurück ins Haus eingegliedert worden. Die Abteilung zu Grundsatzthemen habe spürbar gefehlt. Auch Juristen seien mit aufgenommen worden, was sinnvoll sei, da auch die Anhörungsbehörde und die Enteignungsbehörde in der früheren Rechtsabteilung integriert gewesen seien.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) fügt hinzu, dass es die Rechtsabteilung in der alten Abteilung VI noch gesondert gegeben habe.

Andreas Otto (GRÜNE) will wissen, wie viele Juristen die Rechtsabteilung beschäftige.

Michael Réthy (SenSBW) teilt mit, es seien seiner Kenntnis nach insgesamt 34 Juristen.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die fragenden Fraktionen auf eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung verzichteten.

Titel 53121 – Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen

Frage Nr. 127 a, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Warum ist der Titel nicht im EP 07 verortet?

Warum geringerer Ansatz in 2022 und 2023 gegenüber 2021?

Wird die Beteiligung reduziert?

in Verbindung mit

Frage Nr. 127 b, Fraktion der AfD

Wie hoch ist das IST in 2021?

Wie viele Beteiligungsverfahren können mit den eingestellten Mitteln durchgeführt werden? Liegen bereits Planungen für 2022 und 2023 für Beteiligungsverfahren vor? Wenn ja, bitte Beteiligungsverfahren anhand der Terminplanung vorlegen

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) legt dar, die Beteiligung werde nicht reduziert, sondern es seien Abschätzungen, was an Projekten da sei. Wenn mehr komme, müsse nachfinanziert werden. Es gehe konkret um Anhörungsverfahren zu einer festgelegten Form von Planungsverfahren.

Michael Réthy (SenSBW) hebt hervor, in § 22 BerlStrG sei festgelegt, dass es eine Anhörungsbehörde und bei der Stadtentwicklungsverwaltung und eine Planfeststellungsbehörde bei der Verkehrsverwaltung gebe. Es sei sinnvoll, dass die Anhörung in einem anderen organisatorischen Bereich stattfinde, damit keine Interessenkonflikte entstünden.

Die Höhe der Ansätze sei rechnerisch entstanden. Das Ist des Jahres 2021 habe bei 32 000 Euro und 2022 bei 22 000 Euro gelegen. Auf dieser Grundlage habe sich SenSBW mit SenFin auf 60 000 Euro geeinigt. SenSBW erwarte, dass mehr gebraucht werde, sich die Verfahren aber auch verzögerten. Kämen mehr Maßnahmen, müsse mehr bereitgestellt werden, denn es gehe um rechtlich verpflichtende Bürgerbeteiligung.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) fügt hinzu, dass lediglich Planfeststellungs-, Planergänzungs- und Planänderungsverfahren abgebildet würden.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die fragenden Fraktionen auf eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung verzichteten. Er stellt den Titel 53121 – Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen zur zweiten Lesung des Einzelplan 12 zurück.

Titel 54069 – Beteiligung Dritter zur Erhöhung der Kostensicherheit von Hochbaumaßnahmen

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken die Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung wünschten.

Michael Réthy (SenSBW) erläutert, dies sei die frühe Kostensicherheit, die eingeführt worden sei, um vor der Budgetierung in der langfristigen Finanzplanung Untersuchungen machen zu können.

Andreas Otto (GRÜNE) will wissen, wer das Geld erhalte.

Michael Réthy (SenSBW) erklärt, es seien bautechnische Voruntersuchungen.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW) fügt hinzu, die technischen Voruntersuchungen würden früher gemacht, um eine höhere Sicherheit über die Kosten zu haben.

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die fragenden Fraktionen auf eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung verzichteten. Der Titel werde aber zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 68541 – Zuschuss an das Deutsche Institut für Bautechnik

Frage Nr. 130 b, Fraktion der FDP

Sind die Aufwüchse für IuK-Technik permanent oder ist mit einer Normalisierung ab 2024 zu rechnen?

Vorsitzender Andreas Otto stellt fest, dass die Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken die Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung wünschten.

Michael Réthy (SenSBW) führt aus, die Ausgaben im Finanzplan der DIBt seien bei der IuK-Technik gegenüber 2021 erheblich höher. Dies hänge damit zusammen, dass das DIBt eine neue Digitalisierungsstrategie verfolge. Dafür seien im ersten Jahr erheblich höhere Kosten veranschlagt worden. In den Folgejahren solle der Teilbetrag IuK-Technik sich auf ungefähr dem Ansatz von 2023 einpegeln.

Vorsitzender Andreas Otto hält fest, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde. Die erste Lesung sei damit absolviert. Über die schriftlichen Berichte habe sich der Ausschuss verständigt. Eine Präzisierung werde bis morgen um 12 Uhr erwartet. Der Ausschuss warte auf die Berichte der Senatsverwaltung, die dem Ausschuss bis zum 25. April 2022 in Form einer Sammelvorlage vorzulegen seien. Dann könnten die Fraktionen dem Ausschussbüro bis 3. Mai 2022 Änderungsanträge zuleiten.

Der **Ausschuss** beschließt, entsprechend zu verfahren. Der Tagesordnungspunkt wird bis zur 7. Sitzung am 9. Mai 2022 vertagt. Weiteres siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.